

Bundesgericht / Lausanne

Geschäftsbericht 2025

Herausgeber

Die Gerichte der Schweizerischen
Eidgenossenschaft
eidgenoessischegerichte.ch

Bundesgericht

Av. du Tribunal-Fédéral 29
CH-1000 Lausanne 14
021 318 91 11

Schweizerhofquai 6
CH-6004 Luzern
041 419 35 55

✉ direktion@bger.ch
→ bger.ch

Bundesstrafgericht

Viale Stefano Franscini 7
CH-6500 Bellinzona
058 480 68 68
✉ info@bstger.ch
→ bstger.ch

Bundesverwaltungsgericht

Postfach
CH-9023 St. Gallen
058 465 26 26
✉ info@bvger.admin.ch
→ bvger.ch

Bundespatentgericht

Postfach
CH-9023 St. Gallen
058 465 21 10
✉ info@bpatger.ch
→ bpatger.ch

Gestaltungskonzept

Agentur Noord
→ noord.ch

Realisation und Druck

Stämpfli Kommunikation
→ staempfli.com

Diese Publikation existiert auch
auf Französisch und Italienisch.
Sie ist auf eidgenoessische-gerichte.ch verfügbar und mit
einer ausgefüllten Klebeadresse
gratis zu beziehen über die
Kurzanschrift Bundesgericht,
CH-1000 Lausanne 14, oder via
direktion@bger.ch zu bestellen.

ISSN 1663-1331
Form 104.611.d

02/2026 1200

| | |
|--|-----------|
| Botschaft des Präsidenten | 07 |
| Das Wichtigste in Kürze | 08 |
| 1. Allgemeiner Teil | 10 |
| Zusammensetzung des Gerichts | 10 |
| Gerichtsorganisation | 12 |
| Geschäftslast | 13 |
| Eidgenössische Schätzungskommissionen | 14 |
| Spruchkörperbildung | 14 |
| Vernehmlassungen, Stellungnahmen und Berichte | 14 |
| Koordination der Rechtsprechung | 14 |
| Gerichtsverwaltung | 15 |
| Aufsichtstätigkeit gegenüber den anderen eidgenössischen Gerichten und Zusammenarbeit | 19 |
| Geschäftsberichte der anderen eidgenössischen Gerichte | 19 |
| 2. Rechtsprechung | 20 |
| Leitentscheide des Bundesgerichts (BGE) | 20 |
| Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) | 23 |
| 3. Statistiken | 26 |

2025 war für das Bundesgericht ein besonderes Jahr. Unsere Institution feierte ihr 150-jähriges Bestehen als ständiges höchstes Gericht der Eidgenossenschaft. Dies bietet uns die Gelegenheit, die Grundsätze zu bekräftigen, denen wir verpflichtet sind und die unser tägliches Handeln leiten: Gesetze anzuwenden, Recht zu sprechen, rechtlichen und sozialen Frieden zu gewährleisten und damit unsere Demokratie zu stärken.

Gesetz und Gerechtigkeit können nur in einem Umfeld institutionellen Friedens gedeihen. Wir leben in einer Zeit, in der selbst in einigen westlichen Demokratien der Rechtsstaat als Erbe der Aufklärung infrage gestellt wird. Auch wenn sich das Gleichgewicht zeitweise leicht in Richtung Sicherheit oder Freiheit verschieben muss, so gewährleistet der Rechtsstaat doch harmonische Verhältnisse. Er bleibt das Fundament unserer Ge-

sellschaft. Er gewährleistet die Vertretung des Volkes, die Umsetzung der vom Gesetzgeber beschlossenen Gesetze und den Schutz der aus diesen Gesetzen hervorgehenden Rechte durch den Richter. Die Trennung der drei Staatsgewalten setzt sowohl die Unabhängigkeit als auch die Intelligenz jeder einzelnen von ihnen voraus.

Je mehr die Achtung der grundlegenden rechtsstaatlichen Mechanismen infrage gestellt wird, umso mehr müssen wir Richterinnen und Richter uns in den Dienst des Rechts stellen. Ohne diesen unerschütterlichen Willen ist das Recht nur ein intellektuelles Konstrukt, das auf dem Papier der Gesetze beruht. Dieses Jubiläumswort hat Gelegenheit geboten, diese Grundsätze zu bekräftigen. Wir sind deren Erbinnen und Erben, müssen aber vor allem in die Zukunft blicken. Wie es unsere Bundesverfassung vorsieht, müssen wir uns jederzeit «[unserer] gemeinsamen Errungenschaften und [unserer] Verantwortung gegenüber den künftigen Generationen» bewusst bleiben.

**François Chaix,
Präsident des Bundesgerichts**



Das Wichtigste in Kürze

7883

gefällte Urteile
(Vorjahr 7351)

Das Bundesgericht hat im Berichtsjahr 7883 Urteile gefällt, also 7% mehr als im Vorjahr (7351). Die 2020 eingeleitete interne Neuorganisation beginnt Früchte zu tragen. Da sich auch die Zahl der neu eingereichten Beschwerden um fast 500 Fälle auf 7947 erhöhte, stieg die Zahl der Pendenzen dennoch geringfügig an. Die durchschnittliche Verfahrensdauer konnte um sechs Tage verringert werden.

7947

neu eingegangene
Beschwerden
(Vorjahr 7496)

Das Berichtsjahr war geprägt von den Anlässen zum 150-jährigen Jubiläum des Bundesgerichts als ständigem höchstem Gericht der Eidgenossenschaft. Neben einem wissenschaftlichen Symposium – begleitet von einer Festschrift – fand am Hauptsitz des Gerichts in Lausanne Mitte Mai der offizielle Festakt statt. An zwei Wochenenden im September führte das Bundesgericht zunächst an seinem Standort in Luzern und anschliessend am Hauptsitz in Lausanne Tage der offenen Türen durch. Die Anlässe wurden von rund 2000 Personen besucht.

7%

mehr Fälle erledigt

Das Bundesgericht erneuerte seinen Internetauftritt und auch der vorliegende Geschäftsbericht erfuhr eine grafische Neugestaltung. Neu enthält dieser eine Auswahl von Leitentscheiden, die das Bundesgericht im Berichtsjahr veröffentlicht hat.





1. Allgemeiner Teil

Zusammensetzung des Gerichts

Leitungsorgane

Präsidium

Bundesgerichtspräsident: François Chaix
Vizepräsident: Francesco Parrino

Verwaltungskommission

Präsident: François Chaix
Vizepräsident: Francesco Parrino
Mitglied: Marianne Ryter

Präsidentenkonferenz

Vorsitzende: Laura Jacquemoud-Rossari, Präsidentin I. StrA
Mitglieder: Florence Aubry Girardin, Präsidentin II. OerA
Grégory Bovey, Präsident II. ZirA
Stephan Haag, Präsident I. OerA
Margit Moser-Szeless, Präsidentin III. OerA
Daniela Viscione, Präsidentin IV. OerA
Bernard Abrecht, Präsident II. StrA
Christoph Hurni, Präsident I. ZirA

Generalsekretariat

Generalsekretär: Nicolas Lüscher
Stellvertreter: Lorenzo Egloff

Abteilungen

Erste öffentlich-rechtliche Abteilung (I. OerA)

Präsident: Stephan Haag
Mitglieder: François Chaix
Lorenz Kneubühler
Thomas Müller
Laurent Merz

Zweite öffentlich-rechtliche Abteilung (II. OerA)

Präsidentin: Florence Aubry Girardin
Mitglieder: Yves Donzallaz
Julia Hänni
Marianne Ryter
Matthias Kradolfer

Dritte öffentlich-rechtliche Abteilung (III. OerA)

Präsidentin: Margit Moser-Szeless
Mitglieder: Thomas Stadelmann
Francesco Parrino
Michael Beusch
Susanne Bollinger

Vierte öffentlich-rechtliche Abteilung (IV. OerA)

Präsidentin: Daniela Viscione
Mitglieder: Marcel Maillard
Alexia Heine
Karin Scherrer Reber
Jean Métral

Erste zivilrechtliche Abteilung (I. ZirA)

Präsident: Christoph Hurni
Mitglieder: Christina Kiss
Christian Denys
Yves Rüedi
Marie-Chantal May Canellas

Zweite zivilrechtliche Abteilung (II. ZirA)

Präsident: Grégory Bovey
Mitglieder: Christian Herrmann
Stephan Hartmann
Federica De Rossa
Christian Josi

Erste strafrechtliche Abteilung (I. StrA)

Präsidentin: Laura Jacquemoud-Rossari
Mitglieder: Giuseppe Muschietti
Rolf von Felten
Sandra Wohlhauser
Patrick Guidon

Zweite strafrechtliche Abteilung (II. StrA)

Präsident: Bernard Abrecht
Mitglieder: Beatrice van de Graaf
Sonja Koch
Christian Kölz
Yann-Eric Hofmann

Rekurskommission

Präsident: Giuseppe Muschietti
Mitglieder: Stephan Hartmann
Karin Scherrer Reber

Im Berichtsjahr amtierten *François Chaix* als Präsident und *Francesco Parrino* als Vizepräsident des Gerichts.

Das Bundesgericht zählte im Berichtsjahr 40 Richter und Richterinnen sowie 19 nebenamtliche Richterinnen und Richter. Von den ordentlichen Gerichtsmitgliedern waren 15 Frauen und 25 Männer.

Auf Ende des Berichtsjahres schied Bundesrichterin *Laura Jacquemoud-Rossari* mit Erreichen der gesetzlichen Altersgrenze aus dem Bundesgericht aus.

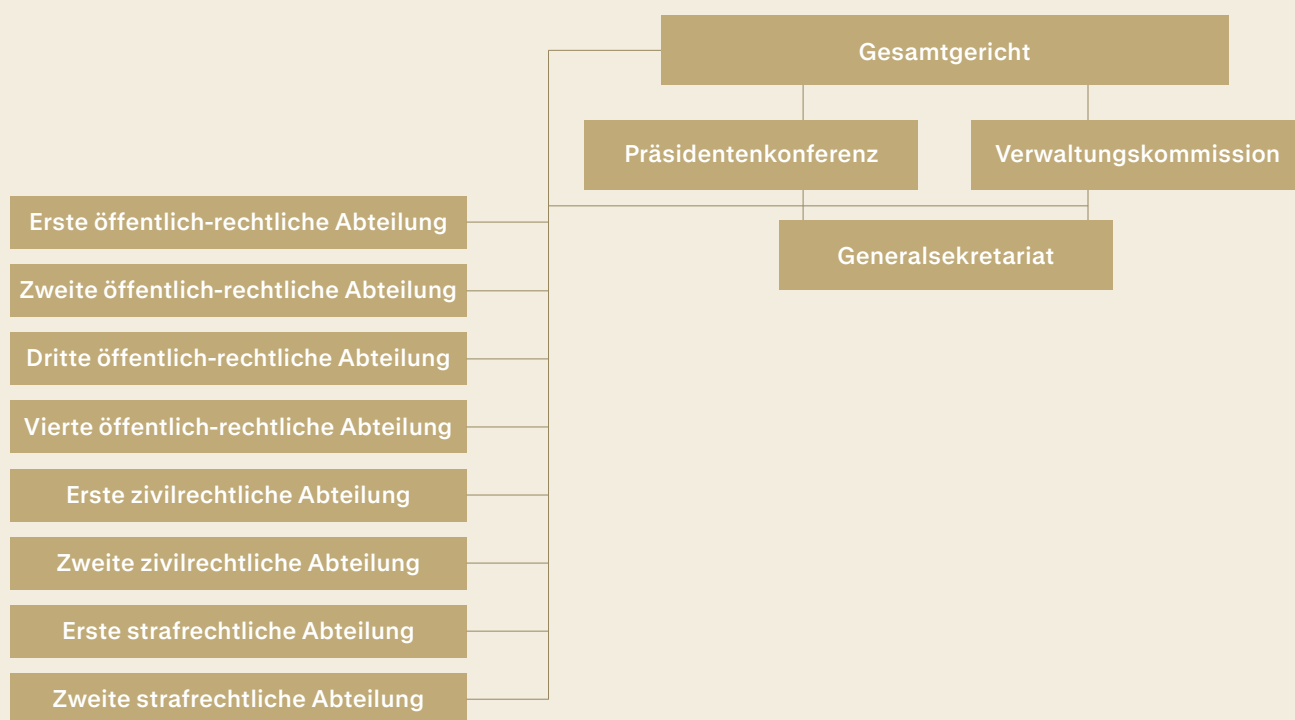
Die Vereinigte Bundesversammlung wählte am 24. September als nachfolgendes Gerichtsmitglied *David Glassey* (zuvor Präsident des Kantonsgerichts Neuenburg und der Neuenburger Beschwerdeinstanz in Strafsachen, von Nendaz/VS).

Die Vereinigte Bundesversammlung wählte zudem zwei nebenamtliche Bundesrichter und eine nebenamtliche Bundesrichterin:

Am 18. Juni *Patrick Bischoff* (Staatsanwalt und nebenamtlicher Richter am Zürcher Obergericht, von Zürich) und am 24. September *Dominique Hänni* (assoziierte Professorin an der Universität Lausanne, von Forst-Längenbühl/BE) und *Christoph Bürki* (Richter am Verwaltungsgericht des Kantons Bern, von Unterlangenegg/BE). Die neu Gewählten ersetzen die zurückgetretenen nebenamtlichen Gerichtsmitglieder *Jeremias Fellmann* und *Beata Wasser-Keller* sowie die nebenamtliche Bundesrichterin *Marie-Claire Pont Veuthey*, welche die gesetzliche Altersgrenze erreichte.

Das Gericht stellte *Laura Ces*, *Lea Ackermann*, *Dorothea Endres*, *Lucas Esteve*, *Alessia Jeker*, *Benjamin Baumann*, *Luca Ranzoni*, *Tugce Fildir*, *Christina Arnold*, *Simon Hausammann*, *Petra Vonschallen*, *Mirko Lenz*, *Hugo Porchet*, *Paul Stübi* und *Matthieu Hösli* definitiv als Gerichtsschreiberinnen bzw. Gerichtsschreiber ein.

Gerichtsorganisation



Die Versammlung sämtlicher ordentlicher Gerichtsmitglieder (Gesamtgericht) traf sich am 17. März, am 16. Juni und am 20. Oktober zu Sitzungen. Das Gesamtgericht entschied dabei über die Zuteilung der neu gewählten ordentlichen und nebenamtlichen Gerichtsmitglieder.

Weiter wurde eine redaktionelle Anpassung der Artikel 35 und 35a des Reglements für das Bundesgericht betreffend die beiden strafrechtlichen Abteilungen beschlossen.

Im Berichtsjahr wurde eine Arbeitsgruppe «Unabhängigkeit der Justiz» gebildet. Letztlich wurde darauf verzichtet, Vorschläge zu formulieren.

Zudem wurde eine Arbeitsgruppe «Zusammenarbeit der Organe des Bundesgerichts» ins Leben gerufen.

Die Verwaltungskommission hat in Anwendung von Artikel 18 Absatz 3 des Bundesgerichtsgesetzes für das Folgejahr drei Gerichtsmitglieder zur teilzeitlichen Aushilfe (parallel zu ihrer Tätigkeit in den Abteilungen, denen sie zugeteilt sind) in der stark beanspruchten Ersten strafrechtlichen Abteilung eingesetzt. Ausserdem wurden die anderen Abteilungen zur Unterstützung beigezogen (zur Erledigung von jeweils 40 Fällen).

An ihrer konstituierenden Sitzung vom 16. Dezember wählte die Präsidentenkonferenz Bundesrichterin *Florence Aubry Girardin*, Präsidentin der Zweiten öffentlich-rechtlichen Abteilung, zur neuen Vorsitzenden der Präsidentenkonferenz. Sie übernimmt dieses Amt von der auf Ende des Berichtsjahres ausgeschiedenen Bundesrichterin *Laura Jacquemoud-Rossari*.

Geschäftslast

Die Statistiken (S. 26 ff.) geben über die Geschäftslast im Einzelnen Auskunft. *Eingegangen* sind 7947 neue Beschwerden (Vorjahr 7496). Die Neueingänge nähern sich damit dem Höchstwert von 2017 an.

Das Gericht *erledigte* 7883 Fälle (Vorjahr 7351). Damit konnte die Zahl der Erledigungen um mehr als 7% gesteigert werden. Das Gericht übertrug 3838 pendente Fälle auf das Folgejahr. Dies ergibt pro Abteilung durchschnittlich 478 pendente Fälle (Vorjahr 472).

In 15 Fällen fand eine öffentliche Beratung nach Art. 58 Abs. 1 BGG statt (Vorjahr 22).

Die Eingänge und Erledigungen verteilen sich wie folgt auf die Abteilungen:

| Abteilung | Eingänge | Erledigungen |
|---|-------------|--------------|
| I. OerA | 817 | 853 |
| Grundrechte, Raumplanungs- und Baurecht, politische Rechte, Bürgerrecht, Personal im öffentlichen Dienst | | |
| II. OerA | 813 | 831 |
| Grundrechte, Ausländerrecht, öffentliches Wirtschaftsrecht und übriges Verwaltungsrecht, soweit nicht einer anderen Abteilung zugeteilt | | |
| III. OerA | 779 | 747 |
| Steuern und Abgaben, IV, AHV, Krankenversicherung, berufliche Vorsorge | | |
| IV. OerA | 782 | 721 |
| IV, Unfallversicherung, Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen, Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose | | |
| I. ZirA | 991 | 995 |
| OR, privates Wettbewerbsrecht, Immaterialgüterrecht, internationale und nationale Schiedsgerichtsbarkeit, Haftpflicht, provisorische und definitive Rechtsöffnung | | |
| II. ZirA | 1269 | 1234 |
| ZGB und SchKG | | |
| I. StrA | 1004* | 1084 |
| materielles Strafrecht, Strafprozessrecht, strafprozessuale Endentscheide | | |
| II. StrA | 1487* | 1415 |
| Entscheide des Straf- und Massnahmenvollzuges, strafprozessuale Zwischenentscheide, Nihanhandnahmeverfügungen und Verfahrenseinstellungen | | |
| Weitere Instanzen | 5 | 3 |
| Aufsicht, freiwillige Gerichtsbarkeit | | |
| Total | 7947 | 7883 |

* 60 im Berichtsjahr von der I. zur II. StrA umgeteilte Verfahren betreffend materielles Strafrecht berücksichtigt (Beschluss der Verwaltungskommission vom 23.6.2025)

Insgesamt resultiert ein Erledigungsquotient (Verhältnis der Eingänge zu den Erledigungen, Q3) von 99% (Vorjahr 98%).

Aufgrund des Anstiegs der neu eingereichten Beschwerden konnten nicht in allen Abteilungen mehr Fälle erledigt werden, als eingegangen sind.

Die Zahl der hängigen Geschäfte ist um 64 Pendenzen angestiegen (Vorjahr plus 144). 501 Urteile ergingen in Fünferbesetzung (Vorjahr 569), 4373 in Dreierbesetzung (Vorjahr 4217) und 2994 in Einerbesetzung (Vorjahr 2563).

Die Gutheissungsquote beträgt 10,5% (Vorjahr 12,5%).

Das Gericht bewältigte die Geschäftslast innert angemessener Frist. Die durchschnittliche Prozessdauer betrug 189 Tage (Vorjahr 195 Tage). 158 Fälle waren bei ihrer Erledigung älter als zwei Jahre (Vorjahr 77).

Die 19 nebenamtlichen Richter und Richterinnen erstatteten in 139 Fällen Bericht und Antrag (Vorjahr 166).

Eidgenössische Schätzungskommissionen

Seit 2021 ist das Bundesgericht für die Ernennung und gegebenenfalls die Abberufung der Mitglieder der eidgenössischen Schätzungskommissionen zuständig. Im Berichtsjahr hat die Verwaltungskommission eine teilweise Neubesetzung der eidgenössischen Schätzungskommissionen vorgenommen. Einige Mitglieder hatten im Berichtsjahr die Altersgrenze für die Ausübung ihres Amtes (vollendetes 68. Lebensjahr) erreicht.

Die Verfahren zur Nachfolge der betroffenen Mitglieder wurden im Frühjahr eingeleitet, die Ernennungsbeschlüsse wurden im November getroffen. In der Zwischenzeit hat die Verwaltungskommission vier Stellen ausgeschrieben und die erforderlichen Anhörungen durchgeführt (Stellen des Präsidenten bzw. der Präsidentin und des Vizepräsidenten bzw. der Vizepräsidentin).

Spruchkörperbildung

Methode

Über Beschwerden entscheiden am Bundesgericht Einzelrichterinnen oder Einzelrichter, Dreier- oder Fünfergremien. Das Präsidium einer Abteilung ist grundsätzlich an jedem Entscheid beteiligt. Bei Dreier- oder Fünferbesetzung bezeichnet das Abteilungspräsidium die Referentin oder den Referenten zur Erstellung eines Urteilsentwurfs. Das dritte Mitglied bzw. die drei weiteren Gerichtsmitglieder bei einem Fünfergremium werden automatisch mit der Informatikanwendung CompCour bestimmt; dies erfolgt nach dem Zufallsprinzip und gemäss den gesetzlichen Zuteilungskriterien (Ausgewogenheit der Belastung, Sprache, Mitwirkung von Mitgliedern beiderlei Geschlechts in Fällen, in denen es aufgrund der Natur der Streitsache angezeigt ist, bestimmte spezifische Fachkenntnisse, Mitwirkung an früheren Entscheiden im gleichen Sachgebiet, Abwesenheiten). Wird bei einer Dreierbesetzung keine Einstimmigkeit erzielt, wird der Spruchkörper in der Regel auf fünf Mitglieder erweitert.

Zeigt sich nachträglich, dass eines der ausgewählten Gerichtsmitglieder nicht mitwirken kann (weil z. B. ein Ausstandsgrund vorliegt) oder dass einem Auswahlkriterium Vorrang einzuräumen ist, kann die Zusammensetzung teilweise angepasst werden. Sämtliche nachträglichen Anpassungen im Spruchkörper werden unter Angabe des Grund-

des unabänderbar elektronisch protokolliert. Das ausscheidende Gerichtsmitglied wird automatisch oder manuell durch ein anderes Gerichtsmitglied ersetzt.

Im Berichtsjahr erfuhr die Anwendung CompCour keine inhaltlichen Neuerungen.

Anpassungen im Berichtsjahr

Im Berichtsjahr wurde in insgesamt 363 Fällen die automatische Bestimmung eines oder mehrerer Gerichtsmitglieder angepasst. In 141 Verfahren war dies der Fall wegen Ferien, weiterer Abwesenheiten oder beschränkter Verfügbarkeit, 60 Verfahren betrafen den Ausstand eines Gerichtsmitglieds und 17 die spezifischen Fachkenntnisse. Angepasst wurde der Spruchkörper in 29 Verfahren, weil das Präsidium gewechselt hat. Weitere 88 Verfahren betrafen die Mitwirkung an einem früheren Entscheid oder einem ähnlichen Fall, 6 die Ausgewogenheit der Belastung und 6 die Sprache. 16 Verfahren betrafen andere Gründe.

Vernehmlassungen, Stellungnahmen und Berichte

Das Bundesgericht wurde von Parlament, Bundesrat und Bundesverwaltung in 24 (Vorjahr 19) *Konsultationsverfahren* zu Gesetzes- und Verordnungsprojekten oder *parlamentarischen Vorstössen* begrüsst. Es erstattete sieben Stellungnahmen (ausgerichtet auf prozessuale Fragen, die das Bundesgericht betreffen könnten; Vorjahr 3). Diese betrafen die Teilrevision des Bundesgesetzes über das Bundesgericht, die Änderung des Kartellgesetzes (Reform Wettbewerbsbehörde), das Paket «Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU», den Zwischenbericht an den Bundesrat zur Umsetzung der Beschaffungsstrategie der Bundesverwaltung und die Aktualisierung der Strategie, das «Entlastungspaket 2027: Umsetzung der Massnahmen im Eigenbereich – WTO-Ausschreibungen im IKT-Bereich», den Bericht der Geschäftsprüfungskommissionen zum System der nebenamtlichen Richterinnen und Richter sowie die Verordnung über die elektronische Kommunikation in der Justiz.

Koordination der Rechtsprechung

Im Berichtsjahr wurden zwei *formelle* Verfahren gemäss Art. 23 Abs. 2 BGG zur Koordination der Rechtsprechung unter den Abteilungen eingelei-

tet. Eines davon sowie drei weitere aus dem Vorjahr wurden abgeschlossen. Zu Ende des Berichtsjahres war ein formelles Verfahren hängig. Die Abteilungen führten mehrere *informelle Koordinationsverfahren* durch betreffend Rechtsfragen, die in die Zuständigkeit von Abteilungen mit teilweise gleichen bzw. verwandten Rechtsmaterien fallen.

Gerichtsverwaltung

Personelles

Per Ende Jahr betrug der Sollbestand der Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber (GS) 153,5 Stellen (Vorjahr: Anfang Jahr 147,5 bzw. Ende Jahr 149,6), der planmässige Personaletat (ohne Richter und Richterinnen) 335,1 Stellen (Vorjahr 326,6). Darin enthalten ist eine Stelle, die bis 30. November dem Projekt Justitia 4.0 für die Digitalisierung der Justiz zugeordnet war. Im Jahresdurchschnitt waren 318 Stellen bzw. 149,9 Stellen von GS besetzt. Der Stellenetat wurde im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr um 8,5 Vollzeitstellen (6 Stellen für GS, 2,5 Stellen für Verwaltungspersonal) erhöht, was zahlreiche Rekrutierungen und Personalanstellungen zur Folge hatte. Der Frauenanteil betrug am Ende des Berichtsjahres über das ganze Gericht betrachtet rund 58,5%.

Im HR-Dienst wurde ein neues System zur Verwaltung der Personaldaten eingeführt (SAP SuccessFactors Employee Central). Damit verbunden waren umfangreiche Umsetzungsarbeiten an den bestehenden HR-Prozessen. Das System ermöglicht Mitarbeitenden die selbstständige Pflege gewisser persönlicher Daten. Weiter fanden intensive Vorbereitungsarbeiten für die Einführung des Systems der Eidgenossenschaft für das Bewerbungsmanagement statt. Da sich das HR-System weiterhin in der Übergangsphase befindet, wird der HR-Dienst auch in der kommenden Zeit mit der Weiterentwicklung der Prozesse befasst sein.

Der stellvertretende Generalsekretär und Leiter des Bereichs Ressourcen wurde im Berichtsjahr in die Kassenkommission (oberstes Organ) der Pensionskasse des Bundes PUBLICA gewählt.

Informatik

Das Bundesgericht hat im Berichtsjahr seinen Internetauftritt neu gestaltet.

Im Rahmen des Projekts eDossier (Digitalisierung der Gerichtsdossiers des Bundesgerichts) wurde

ein neues Modul für die elektronische Zirkulation der Referate und Urteilsentwürfe realisiert und vorerst in den zwei Abteilungen am Standort Luzern eingeführt. 2026 folgt die schrittweise Einführung am Hauptsitz in Lausanne.

An der Rechtsprechungsdatenbank des Bundesgerichts (Juridoc 4.0) wurden auf Basis einer Benutzerumfrage Verbesserungen vorgenommen, wobei nunmehr auch künstliche Intelligenz (KI) zur Anwendung gelangt. Vorerst bei den Gerichtsmitgliedern und in bestimmten Verwaltungsbereichen wurde die KI-gestützte Applikation ChatTF eingeführt, die eine interne Alternative zu kommerziellen Sprachmodellen wie etwa ChatGPT darstellt. ChatTF bietet die Möglichkeit, Texte zu korrigieren, umzuformulieren, zu übersetzen oder zusammenzufassen. Die allgemeine Einführung ist noch im Gange. Sie wird begleitet von einer Schulung zur verantwortungsvollen Nutzung.

Das Bundesgericht hat eine Prüfung eingeleitet, ob seine Informatikstrategie nach wie vor optimal den Anforderungen des Gerichtes entspricht.

Die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) hat im Berichtsjahr ein Audit zum Einsatz von KI-Systemen am Bundesgericht durchgeführt. Der Bericht der EFK wird 2026 veröffentlicht.

In Zusammenarbeit mit der Swiss AI Initiative (geleitet durch die EPFL, die ETH und das Swiss National Supercomputing Center) und dem Verein eJustice.ch wurde ein Projekt gestartet, um ein speziell auf die Bedürfnisse der Schweizer Justiz zugeschnittenes Sprachmodell für künstliche Intelligenz zu entwickeln. Ziel ist ein Modell nach schweizerischen Standards, das nicht von ausländischen Anbietern oder proprietären Systemen abhängt.

Mit dem Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) wurde weiter an der herausfordernden Integration von SAP-Modulen in die Open-Source-Umgebung des Bundesgerichts gearbeitet, insbesondere im Bereich Ressourcen (Finanzen und Human Resources).

Justitia 4.0: Die Plattform justitia.swiss wurde mit weiteren Pilotbehörden erfolgreich in Betrieb genommen. Die Plattform wird technisch wie organisatorisch bereit gemacht für die vollständige Inkraftsetzung des Bundesgesetzes über die Plattform für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ).

Die Justizakte-Applikation hat wesentliche Fortschritte erzielt. In enger Zusammenarbeit mit dem österreichischen Bundesministerium für Justiz und dem Bundesrechenzentrum wurden die Grundanforderungen erfolgreich in einer für die Schweiz angepassten Variante («Helvetisierung») umgesetzt. Im Herbst wurde die Pilotphase gestartet.

Die Vereinbarung justitia.swiss wurde zur Ratifikation freigegeben. Sobald sie durch 18 Kantone und den Bund ratifiziert ist, kann die öffentlich-rechtliche Körperschaft justitia.swiss als Nachfolgeorganisation des Projekts Justitia 4.0 gegründet werden.

Im Bereich Transformation lag der Fokus auf der flächendeckenden Unterstützung der Pilotkantone, dem Aufbau von Schulungs- und Serviceangeboten sowie der gezielten Befähigung von Führungspersonen und Mitarbeitenden der Justizbehörden und der Anwaltschaft. Dafür wurde zusätzliches, mehrsprachiges und technisch versiertes Personal rekrutiert, damit auch die italienisch- und französischsprachigen Kantone Ansprechpersonen für die Pilotierung und den digitalen Wandel haben.

Für detaillierte Informationen bezüglich des Projekts Justitia 4.0, an dem auch das Bundesgericht mitwirkt, wird auf dessen im April erscheinenden Geschäftsbericht verwiesen.

Kanzleien

Die Zahl der elektronischen Beschwerden stieg im Berichtsjahr auf 622 (Vorjahr: 553).

Der deutliche Anstieg der Beschwerdeeingänge und die Umteilung von 60 Verfahren von der Ersten zur Zweiten strafrechtlichen Abteilung beanspruchte auch die Kanzleien stark.

Bibliothek

Die Bibliothek hat den Katalog frei zugänglicher elektronischer Medien um eine Auswahl von Artikeln und Monografien erweitert. Diese sind nun über den Bibliothekskatalog Swisscovery TF zugänglich.

Gebäude

Im Berichtsjahr wurde in der Region Lausanne ein geeigneter Standort für die vorübergehende Unterbringung des Bundesgerichts während der vorgesehenen vollständigen Sanierung des Palais Mon Repos gefunden. Ausserdem wurden Ende September umfangreiche Renovierungsarbeiten

an den Dächern der modernen «Boschetti»-Flügel begonnen, die im Frühjahr 2026 abgeschlossen sein werden. Diese Arbeiten zielen insbesondere darauf ab, die Energieeffizienz des Palais Mon Repos durch die Installation von Photovoltaikmodulen zu verbessern.

Am Standort Luzern wurde Anfang des Berichtsjahres eine Erweiterung der Bibliothek fertiggestellt, insbesondere um dem zusätzlichen Platzbedarf für die Werke zum Steuerrecht gerecht zu werden und dem Zuwachs der Bestände in den kommenden Jahren Rechnung zu tragen.

Sicherheit

Das Bundesgericht hat mit Blick auf strategische Annäherungen im Bereich der Sicherheit seine Zusammenarbeit mit der Bundespolizei fedpol aktiv verstärkt. Konkret bedeutet dies eine Verstärkung des Sicherheitsdispositivs für einen besseren Schutz der Mitglieder, der Mitarbeitenden und der Gebäude.

Öffentlichkeitsarbeit

Das Bundesgericht veröffentlichte im Berichtsjahr 213 Urteile, die zur Aufnahme in die Amtliche Sammlung der Bundesgerichtsentscheide (BGE, Vorjahr 280) vorgesehen sind. Es schaltete mit Ausnahme von sieben Entscheiden alle verfahrensabschliessenden Urteile im Internet auf, um die Transparenz der Rechtsprechung zu gewährleisten. Die Dispositive der Urteile sind bis auf sieben Ausnahmen in der Eingangshalle des Bundesgerichts in Lausanne öffentlich aufgelegt worden, soweit das Urteil nicht in einer öffentlichen Beratung verkündet wurde; in 108 Fällen erfolgte die Auflage ohne Namensangabe. Auf die Namensangabe verzichtet wurde in der weit überwiegenden Zahl zum Opferschutz in Strafsachen, namentlich im Bereich des Sexualstrafrechts, sowie in Fällen betreffend den sonstigen Persönlichkeits- und Datenschutz.

Das Bundesgericht berichtete mit 36 (Vorjahr 57) Medienmitteilungen über seine Rechtsprechung und mit 8 weiteren über institutionelle Angelegenheiten (Vorjahr 12).

Das Bundesgericht hat im Berichtsjahr einen neuen Präsentationsfilm produziert.

Anlässe

Das vergangene Jahr stand im Zeichen der Feierlichkeiten zum 150-jährigen Bestehen des Bundesgerichts als ständiges Gericht. Das Jubiläum

war für das Bundesgericht ein Ereignis von grosser Bedeutung; es bot Anlass für eine Reihe von Veranstaltungen, mit denen die grundlegende Rolle des Bundesgerichts im Schweizer Rechtsstaat unterstrichen und seine Offenheit gegenüber der Bevölkerung bekräftigt werden konnte.

Am 15. und 16. Mai fand in Lausanne ein wissenschaftliches Kolloquium statt, an dem Persönlichkeiten aus Wissenschaft und Justiz teilnahmen. Im Rahmen des Jubiläums wurde auch eine Festschrift herausgegeben. Mit mehr als 60 Beiträgen bietet sie einen Überblick über Themen, mit denen sich das Gericht in der Vergangenheit befasst hat, die es heute beschäftigen und auch in der Zukunft beschäftigen werden. Die Beiträge zeigen den Reichtum auf, den die am Bundesgericht vertretenen Sprachen und Rechtskulturen für die Institution und die Schweizerische Eidgenossenschaft bedeuten.

Der offizielle Teil der Feierlichkeiten gipfelte im Festakt vom 15. Mai in Lausanne, an dem Vertreterinnen und Vertreter der drei Staatsgewalten teilnahmen. Zahlreiche Persönlichkeiten aus der nationalen und internationalen Rechtswelt waren ebenfalls anwesend. In den Reden wurde die Bedeutung einer unabhängigen Justiz und die wichtige Rolle des Bundesgerichts zur Wahrung des Gleichgewichts der Gewalten und der Rechtssicherheit betont.

Im September fanden an zwei Wochenenden Tage der offenen Türen zunächst am Standort Luzern und anschliessend am Hauptsitz in Lausanne statt. Die fast 2000 Besucherinnen und Besucher konnten unter anderem die Gebäude erkunden, eine Ausstellung des Archivs besuchen, sich über die Aufgaben und die Rolle des Bundesgerichts informieren, an Vorträgen teilnehmen und sich direkt mit Bundesrichtern und Bundesrichterinnen sowie mit Mitarbeitenden des Gerichts austauschen.

Im Rahmen des Jubiläums gab die Schweizerische Post eine Gedenkbriefmarke heraus. Ausserdem prägte Swissmint zu diesem Anlass eine spezielle Bimetallmünze.

Beziehungen zu schweizerischen Gerichten

Das Bundesgericht richtete am 9. Mai in Zusammenarbeit mit dem Obergericht des Kantons Thurgau in der Kartause Ittingen/TG die eidgenössische Justizkonferenz aus. Themen der Tagung waren unter anderem die Unabhängigkeit der Richterinnen und Richter gegenüber den politischen Parteien, die ständige Überlastung der Strafge-

richtsbarkeit und die Zusammenarbeit zwischen dem Bundesgericht und den kantonalen Gerichten im Zusammenhang mit der Nutzung von KI. An der seit 2011 stattfindenden Konferenz sowie an der am Vortag durchgeführten Jahresversammlung Projekt eDossier Gerichte (Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs und der digitalen Akte) nahmen rund 60 Vertreterinnen und Vertreter des Bundesgerichts, des Bundesstrafgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts, des Bundespatentgerichts sowie der Ober- und Kantonsgerichte der Kantone teil.

Am 26. Juni am Obergericht in Zürich und am 12. November in Aarau führte das Bundesgericht die «kleine» Justizkonferenz mit den Vorsteherinnen und Vorstehern der kantonalen und eidgenössischen Gerichts- und Justizverwaltungen durch. Schwerpunktthemen bildeten der Stand des Projekts Justitia 4.0 und Justizstatistiken.

Beziehungen zum Parlament

Das Bundesgericht hat am 9. Januar zum Entwurf des Jahresberichts 2024 der Geschäftsprüfungskommissionen des Nationalrates und des Ständerates (GPK-N/S) und der Geschäftsprüfungsdelegation Stellung genommen.

Zur Einreichung einer parlamentarischen Initiative durch die GPK-S betreffend Einführung einer Disziplinaraufsicht über Richterinnen und Richter der eidgenössischen Gerichte bezog das Bundesgericht am 24. Januar Stellung. Es veröffentlichte dazu gleichentags eine Medienmitteilung.

Am 30. April fand am Sitz des Bundesgerichts in Lausanne die jährliche Aufsichtssitzung mit den Subkommissionen Gerichte/BA der GPK-N/S zu den Geschäftsberichten der eidgenössischen Gerichte statt.

Bei einer Sitzung mit den GPK-N/S am 12. Mai in Bern informierte der Bundesgerichtspräsident über verschiedene Punkte des Geschäftsberichts und stellte sich den Fragen der Mitglieder der GPK-N/S.

Zum Bericht der GPK-N/S «System der nebenamtlichen Richterinnen und Richter» hat das Bundesgericht am 1. Dezember Stellung genommen. Die Stellungnahme hat es auf seiner Homepage veröffentlicht.

Die Subkommissionen Gerichte/BA der GPK-N/S haben das Bundesgericht im November aufgefordert, mitzuteilen, welchen Verbänden oder Vereinigungen das Gericht als Mitglied angehört.

Am 29. Oktober stellte der Bundesgerichtspräsident vor der Subkommission der Finanzkommission des National- und Ständerates das Budget des Bundesgerichts 2026 sowie den Finanzplan 2027–2029 vor. Der Vizepräsident des Bundesgerichts nahm anschliessend an den entsprechenden Detailberatungen der Finanzkommissionen des Ständerates und des Nationalrates sowie an den Parlamentssitzungen teil.

Beziehungen zu ausländischen Gerichten

Besuche und Treffen am Bundesgericht:

Aufgrund der Organisation des Symposiums und des Festakts zum 150-jährigen Jubiläum des Bundesgerichts (Details oben unter «Anlässe») hat das Bundesgericht aus Ressourcengründen bis Ende September auf die Durchführung von Treffen mit ausländischen Gerichten verzichtet.

Am 3. November empfing das Bundesgericht in Lausanne eine Delegation des Verfassungsgerichts der Mongolei zu einem Besuch.

Zusammen mit dem Bundesamt für Justiz des EJPD richtete das Bundesgericht vom 5. November bis zum 7. November in Konolfingen/BE die 14. Deutsch-Englischsprachige Richterkonferenz zum internationalen Familienrecht aus.

Besuche und Treffen im Ausland:

Der Bundesgerichtspräsident, zwei Gerichtsmitglieder und der Generalsekretär nahmen am 31. Januar an einem Seminar des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Strassburg und dessen Feier zur Eröffnung des Gerichtsjahrs teil. Thema des Seminars war der «Schutz der Menschenrechte in der Welt der künstlichen Intelligenz, Algorithmen und Big Data». Am Rande des Besuchs fand ein Treffen mit dem Generalsekretär des Europarates, alt Bundesrat Alain Berset statt.

Vom 2. bis zum 4. April nahm der Bundesgerichtspräsident zusammen mit zwei weiteren Gerichtsmitgliedern in Chile an der 15. Konferenz der AIH-JA (Association Internationale des Hautes Juridictions Administratives) teil.

Am 10. und 11. April besuchte der Bundesgerichtspräsident das Symposium zum 150-jährigen Bestehen des Obersten Gerichtshofs von Kanada.

Der Bundesgerichtspräsident und der Vizepräsident besuchten vom 6. bis zum 8. Mai in Bukarest den 10. Kongress der ACCF (Association des Cours constitutionnelles francophones), der unter dem Titel «Auslegung und Änderung der Verfassung» stattfand.

Am 2. und am 3. Juli nahmen zwei Mitglieder des Bundesgerichts an der Konferenz der AHJUCAF (Association des Hautes Juridictions de Cassation des pays ayant en partage l'usage du Français) in Rabat teil.

Am 21. und am 22. Oktober folgten die Verwaltungskommission, ein Bundesrichter und der Generalsekretär einer Einladung des französischen Cour de cassation in Paris. Dabei fand ein Austausch unter anderem zur Begründung von Urteilen, zur Informatikstrategie sowie zur Kommunikationsstrategie statt.

Der Bundesgerichtsvizepräsident, ein weiteres Mitglied der Verwaltungskommission und ein Bundesrichter besuchten vom 28. bis zum 31. Oktober in Madrid den 6. Kongress der WCCJ (World Conference on Constitutional Justice). Themen waren unter anderem die «Erhaltung der natürlichen Ressourcen und der Umwelt», die «Erhaltung des kulturellen Erbes der Menschheit» und der «Zugang zu wissenschaftlichen Erkenntnissen und neuen Technologien».

Verschiedene Mitglieder des Bundesgerichts nahmen an weiteren Tagungen teil.

Finanzen

Die Rechnung des Bundesgerichts weist im Berichtsjahr Ausgaben (inklusive Investitionen) in der Höhe von 116 419 782 Franken und Einnahmen in der Höhe von 20 785 984 Franken aus. Der Deckungsgrad betrug 17,9%. Die in Rechnung gestellten Gerichtsgebühren beliefen sich auf 15 394 475 Franken. Diesen Gebühren stehen effektive Verluste von 1 671 006 Franken gegenüber. Gemessen an den fakturierten Gerichtsgebühren des Berichtsjahres betragen die Verluste somit 10,9%. Die Wiedereingänge abgeschriebener Forderungen beliefen sich auf 32 462 Franken.

Die nebenamtlichen Richterinnen und Richter stellten insgesamt 378 Arbeitstage (Vorjahr 498) in Rechnung. Die Entschädigungen für die nebenamtlichen Richter und Richterinnen beliefen sich auf insgesamt 414 210 Franken (Vorjahr 506 000 Franken).

| | Beitrag in CHF |
|--------------------------------|----------------|
| Ausgaben (inkl. Investitionen) | 116 419 782 |
| Einnahmen | 20 785 984 |

Aufsichtstätigkeit gegenüber den anderen eidgenössischen Gerichten und Zusammenarbeit

Sitzungen und Berichte

Am 14. April fand in Luzern die jährliche Aufsichtssitzung des Bundesgerichts mit den drei anderen eidgenössischen Gerichten statt. Mit allen Gerichten wurden die Geschäftsberichte und die Rechnung 2024 sowie der Voranschlag 2026 besprochen. Weitere Aufsichtssitzungen fanden am 3. Oktober beim Bundesstrafgericht in Bellinzona und am 10. Oktober beim Bundespatentgericht und Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen statt.

Aufsichtsanzeigen

Für vier neu eingereichte Aufsichtsanzeigen wurde ein Dossier eröffnet. In zwei Fällen leistete das Bundesgericht keine Folge, zwei sind noch hängig. Drei Aufsichtsanzeigen richteten sich gegen das Bundesverwaltungsgericht, eine gegen das Bundesstrafgericht. Einer weiteren, als Aufsichtsbeschwerde bezeichneten Eingabe, gab es ohne Eröffnung eines Dossiers keine Folge.

Zusammenarbeit

Die Generalsekretäre der eidgenössischen Gerichte trafen sich am 27. März und am 19. September zum Gedankenaustausch und zur Koordination verschiedener Fragen zwischen den Gerichten. Schwerpunktthemen waren die Neugestaltung des Geschäftsberichts, die Rechnung 2024 und der Voranschlag 2026.

Der Informationsaustausch zwischen den administrativen Bereichen der Gerichte findet regelmässig statt und funktioniert gut.

Geschäftsberichte der anderen eidgenössischen Gerichte

Aus den Geschäftsberichten der anderen eidgenössischen Gerichte sind namentlich die nachfolgenden Punkte besonders zu erwähnen.

Bundesstrafgericht

Beim Bundesstrafgericht gingen 686 Fälle neu ein. Das Gericht erledigte 638 Fälle. 326 Verfahren wurden auf das Folgejahr übertragen. Die Strafkammer erledigte 70, die Berufungskammer 35 und die Beschwerdekammer 533 Verfahren.

Bundesverwaltungsgericht

Beim Bundesverwaltungsgericht gingen 10 104 Fälle neu ein. Das Gericht erledigte 8242 Fälle. 8547 Verfahren wurden auf das Folgejahr übertragen.

Bundespatentgericht

Beim Bundespatentgericht gingen 14 Fälle neu ein. Das Gericht erledigte 23 Fälle. 15 Verfahren wurden auf das Folgejahr übertragen.

2. Rechtsprechung

Leitentscheide des Bundesgerichts (BGE)

Im Berichtsjahr wurden unter anderem folgende Leitentscheide veröffentlicht. Sie finden die vollständigen Entscheidungen unter dem QR-Code. (Urteilsnummern und bereits publizierte BGE sind direkt mit den vollständigen Entscheidungen verlinkt)



(Urteilsnummern und bereits publizierte BGE sind direkt mit den vollständigen Entscheidungen verlinkt)

Erste öffentlich-rechtliche Abteilung

1C_103/2024 (BGE 151 I 219) Nachträgliche gerichtliche Kontrolle eines Polizeigewahrsams

1C_119/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Voraussetzungen, unter denen ein Fussgängerstreifen, der Teil eines Fusswegnetzes ist, entfernt werden kann; Vorrang der Sanierung des Streifens

1C_467/2024 (BGE 151 I 354) Ständeratswahl im Kanton Schaffhausen; Wohnsitzerfordernis für Kandidatur

1C_604/2024 und 1C_435/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Sperrung von Vermögenswerten im Hinblick auf eine Einziehung bei Scheitern der Rechtshilfe an die Ukraine

1C_675/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Wiederherstellung der rechtskonformen Situation bei formell rechtswidrigen Bauten; Vollstreckungsverfügung

1C_667/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Dringliche Dienstfahrten; Führerausweisentzug; Unterschreitung der Mindestentzugsdauer

1C_730/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Beschwerdelegitimation des Schweizer Heimatschutzes; Vorliegen einer Bundesaufgabe

Zweite öffentlich-rechtliche Abteilung

2C_26/2023 (BGE-Publikation vorgesehen) Das aus dem Lebensmittelrecht resultierende Erfordernis, wonach Angaben den Tatsachen entsprechen müssen, verbietet die Verwendung von Tierartenbezeichnungen für pflanzliche Fleischersatzprodukte.

2C_29/2025 (BGE 151 I 285) Advokaturgesetz/Basel-Stadt; Zulässigkeit eines kantonalen Anwaltsmonopols im Bereich der Staats- und Verwaltungsrechtspflege

2C_64/2025 (BGE-Publikation vorgesehen) Die Vorlage eines gültigen Ausweispapiers für die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung anstelle der vorläufigen Aufnahme kann nicht verlangt werden, wenn für den Erhalt eines eritreischen Passes die Unterzeichnung eines «Letter of Regret» verlangt wird.

2C_116/2023/2C_117/2023 (BGE-Publikation vorgesehen) Internationale Amtshilfe in Steuersachen; Amtshilfeersuchen zur Beschaffung von Informationen über schweizerische Bankkonten eines Anwalts; Tragweite des anwaltlichen Berufsgeheimnisses

2C_244/2022 (BGE 151 II 742) Kartellgesetz: Wettbewerbsbeeinträchtigung als Voraussetzung für den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung; Adressaten der Sanktionierung und Sanktionsbemessung

2C_405/2022 (BGE-Publikation vorgesehen) Grundsätze, die eine öffentliche Schule in Bezug auf die Religionsfreiheit und das Verbot der Diskriminierung aufgrund des Geschlechts zu beachten hat (Fall der Schule St. Katharina)

2C_441/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Universitäre Autonomie; Zulässigkeit der Weigerung einer Universität, eine Studentenverbindung (Zofingia) anzuerkennen, die Frauen von der Mitgliedschaft ausschliesst; Änderung der Rechtsprechung

2C_616/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Sonntagsarbeit (in Anwendung von Artikel 19 Absatz 6 Arbeitsgesetz, ArG) vom Bestehen eines allgemeinverbindlichen Gesamtarbeitsvertrages abhängig zu machen, ist nicht mit dem Grundsatz des Vorrangs von Bundesrechts vereinbar.

Dritte öffentlich-rechtliche Abteilung

9C_37/2024 (BGE 151 V 100) Zulässige Begrenzung der Anzahl der Ärztinnen und Ärzte, die im Kanton Bern ambulante Leistungen zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung (OKP) erbringen können

9C_42/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Voraussetzung für die vereinfachte Nachbesteuerung von Erben

9C_79/2024 (BGE 151 V 137) Drittauszahlung sozialversicherungsrechtlicher Leistungen aufgrund einer Anweisung des Zivilgerichts

9C_121/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Transplantationsgesetz; Ersatz von Erwerbsausfall bei Organspende

9C_199/2022 (BGE 151 V 284) Wirtschaftlichkeitskontrolle von ärztlichen Leistungserbringern («Überarztung»); Rückerstattung von Vergütungen

9C_539/2024 (BGE 151 V 306) Invalidenversicherung; Verlauf der beruflichen Eingliederung im Verhältnis zur Arbeitsfähigkeit als Gegenstand der versicherungsmedizinischen Begutachtung; Grundsatz «Eingliederung vor Rente»

9C_690/2023 (BGE-Publikation vorgesehen) Verrechnungssteuer: Kapitaleinlageprinzip, gesonderte Verbuchung in der Handelsbilanz und Meldung an die ESTV; Vermächtnis

9C_431/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) AHV: hälftige Aufteilung der während den Kalenderjahren der Ehe gewährten Erziehungsgutschrift zwischen den Ehegatten; Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens

Vierte öffentlich-rechtliche Abteilung

8C_94/2023 (BGE 151 V 212) Invalidenversicherung: invalidenversicherungsrechtliche Heimdefinition im Zusammenhang mit lebenspraktischer Begleitung

8C_229/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Invalidenversicherung: Anspruchsvoraussetzungen für eine Hilflosenentschädigung bei einer Hilflosigkeit leichten Grades wegen des Bedarfs an lebenspraktischer Begleitung einer versicherten Person mit Autismus-Spektrum-Störung (ASS)

8C_453/2024 (BGE 151 V 315) Invalidenversicherung: kein Anspruch auf Übernahme von invaliditätsbedingten baulichen Anpassungen an Immobilien im Ausland

8C_119/2024 (BGE 151 V 24) Ergänzungsleistungen: Vermögensverzicht vor der Eheschliessung

8C_463/2024 (BGE 151 V 326) Ergänzungsleistungen: Vermögensverzicht und sittliche Unterstützungspflicht unter Geschwistern

8C_669/2023 (BGE 151 V 264) Ergänzungsleistungen: Rückforderung rechtmässig bezogener Leistungen; Ermittlung des Nachlasses der verstorbenen EL-Bezügerin bei massgebendem Vermögen am Todestag

8C_458/2025 (BGE-Publikation vorgesehen) Unfallversicherung: Zuweisung von Arbeitgebern an einen Versicherer

8C_753/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Arbeitslosenversicherung: Pflicht zur Stellensuche während der Rekrutenschule

Erste zivilrechtliche Abteilung

4A_5/2025 (BGE-Publikation vorgesehen) Ohne anderslautende Abrede kann die Arbeitgeberin ein entgeltliches Konkurrenzverbot nicht einseitig kündigen. Tatsächliche oder hypothetische Ersatzeinkünfte des Arbeitnehmers sind nicht auf die Karenzentschädigung anzurechnen, wenn nichts anderes vereinbart wurde.

4A_170/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Die Zivilklage eines privaten Hausangestellten gegen einen Diplomaten aufgrund des Arbeitsverhältnisses fällt unter die Ausnahme von der gerichtlichen Immunität.

4A_237/2025 (BGE-Publikation vorgesehen) Grundsätze gerichtlicher Vergleichsverhandlungen; Befangenheit eines Mitglieds der Gerichtsdelegation wegen Äusserungen an einer Vergleichsverhandlung

4A_248/2024 (BGE 151 III 385) Die objektiven Grenzen der Rechtshängigkeit im Binnenverhältnis bestimmen sich nach dem zweigliedrigen Streitgegenstandsbegriff und nicht nach der Kernpunkttheorie.

4A_286/2025 (BGE-Publikation vorgesehen) Ausnahmsweise Verwendung einer vom angefochtenen Entscheid abweichenden Amtssprache im bundesgerichtlichen Verfahren

4A_576/2024 (BGE 151 III 481) Wechsel des Eigentümers des Mietobjekts während hängigem Verfahren; prozessuale Konsequenzen; ordentliche Kündigung des Mietverhältnisses von Wohn- und Geschäftsmieten, im Allgemeinen sowie betreffend die Sanierungs- oder Umbaukündigung und die Abbruchkündigung

Zweite zivilrechtliche Abteilung

5A_275/2025 (BGE-Publikation vorgesehen) Nutzniessung an einem Grundstück, Löschung der Dienstbarkeit wegen vollständigen Verlusts des Interesses

5A_336/2024 (BGE 151 III 81) Öffentliche Beurkundung des Vorsorgeauftrags

5A_347/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Erbrecht: Verwirkung der Herabsetzungsklage bei (lebzeitigen) Zuwendungen an mehr als eine Person

5A_384/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Kindesunterhalt: Bestimmung und Verteilung des Überschusses bei nicht verheirateten Eltern mit alternierender Obhut, Präzisierung der Rechtsprechung

5A_624/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Eignung als Vorgesorgebeauftragter bei Familienkonflikten

5A_808/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Prosequierung eines schweizweiten Arrestes; Pfändung

5A_863/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Ort der Eheschliessung, wenn sich eine der betroffenen Personen im Zeitpunkt des amtlichen Rechtsaktes in der Schweiz befindet und die andere im Ausland

Erste strafrechtliche Abteilung

6B_112/2025 (BGE-Publikation vorgesehen) Straftaten, die im Rahmen einer nicht bewilligten, friedlichen Kundgebung begangen werden, und die Vereinbarkeit einer solchen Verurteilung mit dem Recht auf Versammlungsfreiheit

6B_122/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Pornografische Erzeugnisse, in denen digital verjüngte Erwachsene als «Scheinminderjährige» auftreten, fallen unter den Tatbestand der harten Pornografie.

6B_184/2024 (BGE 151 IV 1) Ein Täter, der einen Mordversuch auf terroristische Weise begeht, um für den Islamischen Staat zu propagieren und ihn zu fördern, begeht sowohl einen (versuchten) Mord als auch einen Verstoss gegen das Al-Qäida/IS-Gesetz; Idealkonkurrenz

6B_399/2024 (BGE-Publikation vorgesehen) Vergewaltigung und sexuelle Nötigung im Zusammenhang mit sadomasochistischen Praktiken; Zustimmung; Vorsatz

6B_525/2024 (BGE 151 IV 73) Erfragung des Zugangscodes zu einem Mobiltelefon im Rahmen einer Hausdurchsuchung; Unverwertbarkeit von Beweismitteln

6B_924/2023 (BGE-Publikation vorgesehen) «KILL ERDOGAN»-Transparent: Die öffentliche Aufforderung zur Tötung des Präsidenten der Republik Türkei stellt eine tatbestandsmässige Aufforderung zu einem Verbrechen dar, auch wenn die Tötung im Ausland verübt werden müsste.

6B_1218/2023 (BGE-Publikation vorgesehen) Die gleichzeitig ausgesprochene Landesverweisung ist bei der Strafzumessung nicht strafmindernd zu berücksichtigen.

6B_1372/2023 (BGE 151 IV 88) Strafzumessung bei vorsätzlicher Verletzung elementarer Verkehrsregeln: Die Prüfung der «innerhalb der letzten zehn Jahre vor der Tat erfolgten Verurteilungen» eines Täters hängt nicht vom Datum der Erteilung des Führerausweises respektive von der Anzahl Jahre Fahrpraxis ab.

Zweite strafrechtliche Abteilung

7B_31/2025 (BGE 151 IV 350) Siegelung, persönliche Aufzeichnungen und Korrespondenz der beschuldigten Person, nicht wieder gutzumachender Nachteil

7B_136/2025 (BGE-Publikation vorgesehen) Anwendbarkeit des besonderen Haftgrunds der qualifizierten Wiederholungsgefahr auf Widerhandlungen gegen das Betäubungsmittelgesetz

7B_278/2025 (BGE-Publikation vorgesehen) Orte des Vollzugs stationärer therapeutischer Massnahmen

7B_444/2025 (BGE-Publikation vorgesehen) Das Betäubungsmittelgesetz geht dem Heilmittelgesetz hinsichtlich der Einfuhr von als Heilmitteln verwendeten Betäubungsmitteln vor, da es in diesem Bereich eine strengere Regelung als das Heilmittelgesetz trifft.

7B_545/2023 (BGE-Publikation vorgesehen) Verurteilung des Fahrzeughalters zur Bezahlung einer Ordnungsbusse wegen einer einfachen Verletzung der Verkehrsregeln, die er nicht persönlich begangen hat; Schuldprinzip

7B_631/2023 (BGE-Publikation vorgesehen) Interessierte Personen (Medien) erhalten keine freie Einsicht in Strafbefehle, die noch nicht rechtskräftig geworden sind.

7B_733/2024 (BGE 151 IV 153) Verbot der Beschlagnahme von Unterlagen aus dem Verkehr des Beschuldigten mit Medienschaffenden

7B_1295/2024 (BGE 151 IV 316) Vollzug der Haft; telefonischer Verkehr mit der Verteidigung

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR)

Im Berichtsjahr wurden beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte 357 *Beschwerden* gegen die Schweiz offiziell registriert (Vorjahr 320). Der EGMR fällte 369 Entscheidungen betreffend die Schweiz. Am Ende des Berichtsjahrs waren 184 Fälle gegen die Schweiz in Strassburg hängig.

Der EGMR fällte in zehn Fällen ein Urteil. Letzte nationale Instanz war in neun Fällen das Bundesgericht und in einem Fall das Bundesverwaltungsgericht. Der EGMR stellte in den folgenden sechs Fällen mindestens eine Verletzung der Konvention durch die Schweiz fest (Vorjahr 7).

Fall *R.G.* (37870/21 vom 23. Januar), Verletzung von Art. 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Schutz der ehelichen Gemeinschaft, Sorgerecht für das Kind, Nichtberücksichtigung des Willens des Kindes und einer eingehenden Prüfung der Umstände des Einzelfalls.

Fall *N.D.* (56114/18 vom 3. April), Verletzung von Art. 2 EMRK (Recht auf Leben); Verstoss der nationalen Behörden gegen ihre positive Verpflichtung, das Leben der Beschwerdeführerin vor der Gewalt ihres Lebensgefährten zu schützen.

Fall *B.K.* (23265/23 vom 2. Mai), Verletzung von Art. 8 EMRK (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); Wegweisung des Beschwerdeführers in den Kosovo nach seiner Verurteilung u. a. wegen Angriffs und Gehilfenschaft zu Diebstahl.

Fall *Semenya* (Grosse Kammer 10934/21 vom 10. Juli), Verletzung von Art. 6 Ziff. 1 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); Fehlen einer besonders eingehenden Prüfung des Urteils des internationalen Sportgerichtshof CAS durch das Bundesgericht, mit dem die Beschwerde der Profisportlerin gegen eine Regelung von World Athletics abgewiesen wurde; diese verpflichtete sie dazu, ihren natürlichen Testosteronspiegel durch Hormonbehandlungen zu senken, um an internationalen Wettkämpfen in der Frauenkategorie teilnehmen zu können.

Fall *Pour Hayavi Zadeh* (69503/17 vom 6. November), Verletzung von Art. 5. Ziff. 1 EMRK (Recht auf Freiheit und Sicherheit); stationäre therapeutische Massnahme, angeordnet nachdem eine für junge Erwachsene geltende Massnahme erfolglos geblieben ist.

Fall *Nejjar* (9087/18 vom 11. Dezember), Verletzung von Art. 6 Ziff. 1 EMRK (Recht auf ein faires Verfahren); Recht auf Zugang zu einem Gericht; Anwendung einer gesetzlichen Fiktion, wonach die Einsprache gegen einen Strafbefehl als zurückgezogen gilt, wenn der Einsprecher ohne Entschuldigung und ohne Vertretung nicht zur Verhandlung vor dem erstinstanzlichen Gericht erscheint.

Unter diesem QR-Code finden Sie detaillierte Angaben zu den Urteilen des EGMR.



[LINK](#)



3. Statistiken

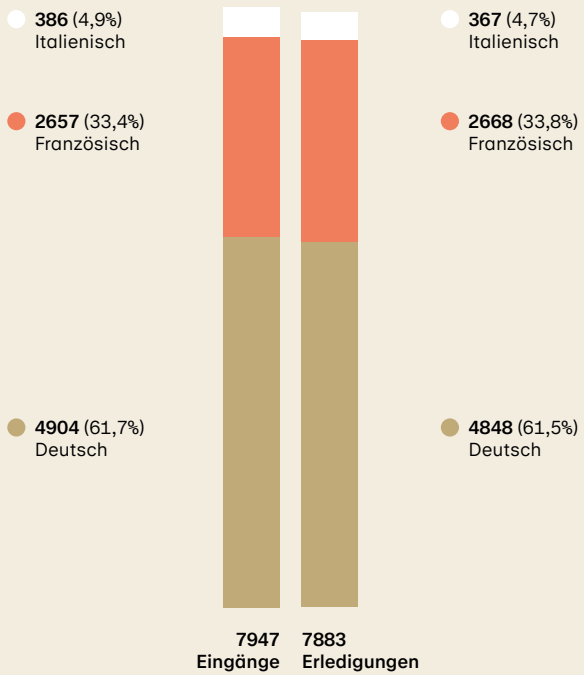
3.1 Art und Zahl der Geschäfte

| | Geschäfte | | | Verfahrensausgang | | | | | | | |
|---|----------------------------|---------------------------------|--------------------------------|-------------------|-------------------------|-------------------|--------------|----------------|-------------|------------------------------|------------------|
| | Eingänge 2024 ¹ | Erfledigungen 2024 ¹ | Übertrag von 2024 ¹ | Eingänge 2025 | Erfledigungen 2025 | Übertrag auf 2026 | Abschreibung | Nichteintreten | Abweisung | Gutheissung (auch teilweise) | Weiterer Ausgang |
| Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten | | | | | | | | | | | |
| Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | 2877 | 2969 | 1566 | 2996 | 2970 | 1592 | 96 | 1026 | 1443 | 405 | – |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 322 | 276 | 91 | 386 | 407 | 70 | 20 | 317 | 63 | 7 | – |
| Klagen | 9 | 5 | 6 | 4 | 5 | 5 | – | 3 | 2 | – | – |
| Revisionsgesuche usw. | 95 | 97 | 16 | 114 | 107 | 23 | 2 | 72 | 27 | 6 | – |
| Total | 3303 | 3347 | 1679 | 3500 | 3489 | 1690 | 118 | 1418 | 1535 | 418 | 0 |
| Zivilsachen und SchKG-Beschwerden | | | | | | | | | | | |
| Beschwerden in Zivilsachen | 1584 | 1605 | 610 | 1802 | 1754 | 658 | 94 | 889 | 660 | 110 | 1 |
| Revisionsgesuche usw. | 83 | 75 | 16 | 147 | 138 | 25 | 1 | 92 | 41 | 4 | – |
| Total | 1667 | 1680 | 626 | 1949 | 1892 | 683 | 95 | 981 | 701 | 114 | 1 |
| Strafrechtspflege | | | | | | | | | | | |
| Beschwerden in Strafsachen | 2411 | 2208 | 1449 | 2387 | 2401 | 1435 | 71 | 951 | 1084 | 292 | 3 |
| Revisionsgesuche usw. | 108 | 105 | 20 | 103 | 96 | 27 | 4 | 58 | 28 | 5 | 1 |
| Total | 2519 | 2313 | 1469 | 2490 | 2497 | 1462 | 75 | 1009 | 1112 | 297 | 4 |
| Weitere Geschäfte | | | | | | | | | | | |
| Freiwillige Gerichtsbarkeit | – | – | – | 1 | 1 | – | – | – | 1 | – | – |
| Aufsichtsbeschwerden | 3 | 6 | – | 4 | 2 | 2 | 1 | – | 1 | – | – |
| Beschwerden an die Rekurskommission | 1 | 1 | – | – | – | – | – | – | – | – | – |
| Revisionsgesuche usw. | 3 | 4 | – | 3 | 2 | 1 | – | – | – | – | 2 |
| Total | 7 | 11 | 0 | 8 | 5 | 3 | 1 | 0 | 2 | 0 | 2 |
| Gesamttotal | 7496 | 7351 | 3774 | 7947 | 7883² | 3838 | 289 | 3408 | 3350 | 829 | 7 |

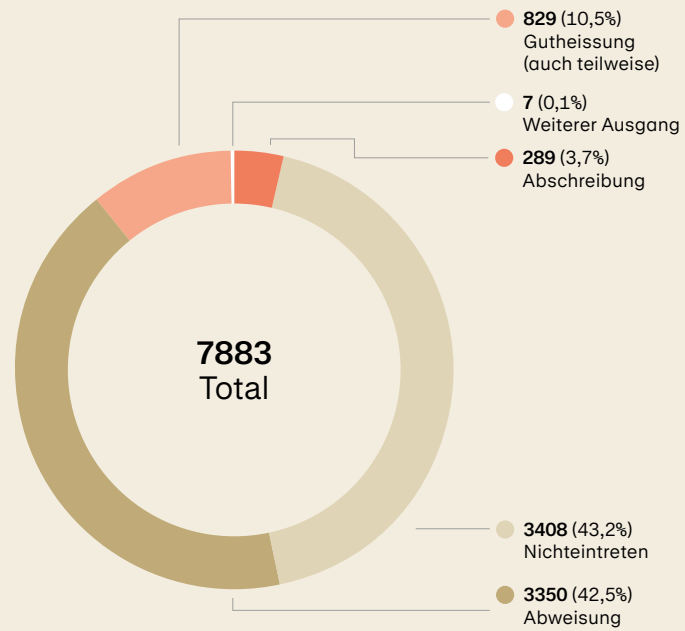
1 Geringfügige Unterschiede gegenüber den Zahlenangaben im vorjährigen Geschäftsbericht sind durch spätere Änderungen bedingt (Prozessvereinigungen / -trennungen usw.)

2 Hinzu kommen 9 EMRK-Vernehmlassungen

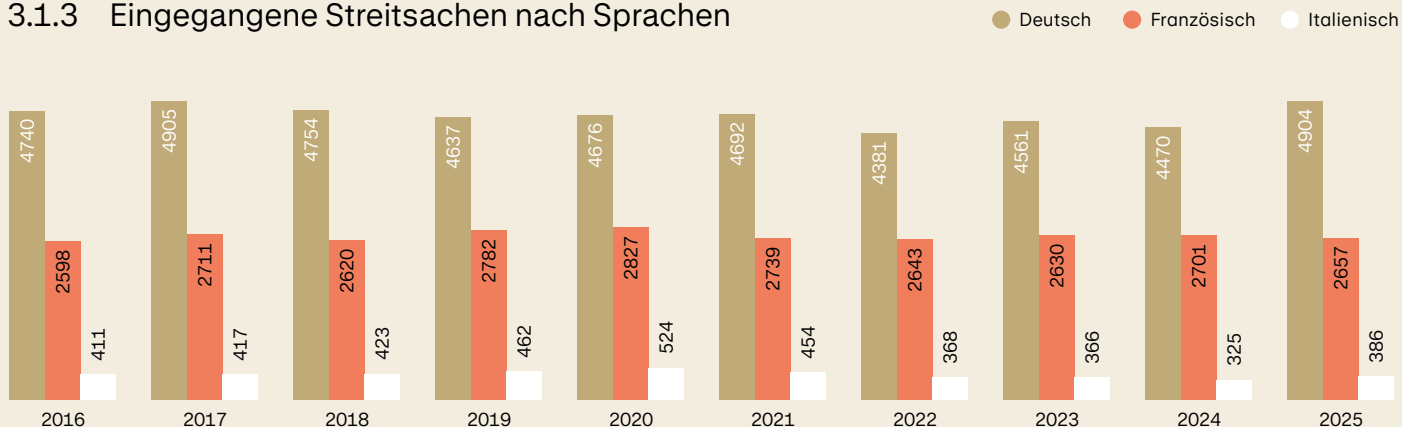
3.1.1 Streitsachen nach Sprachen 2025



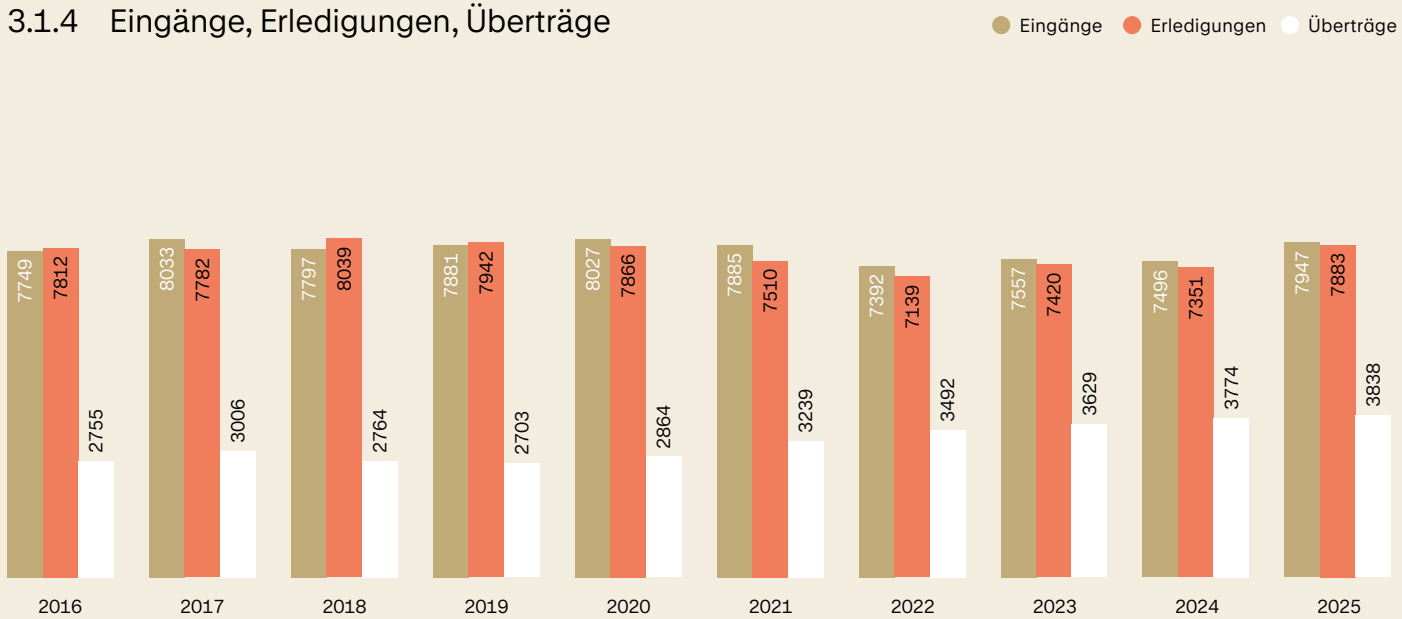
3.1.2 Art der Erledigung 2025



3.1.3 Eingegangene Streitsachen nach Sprachen

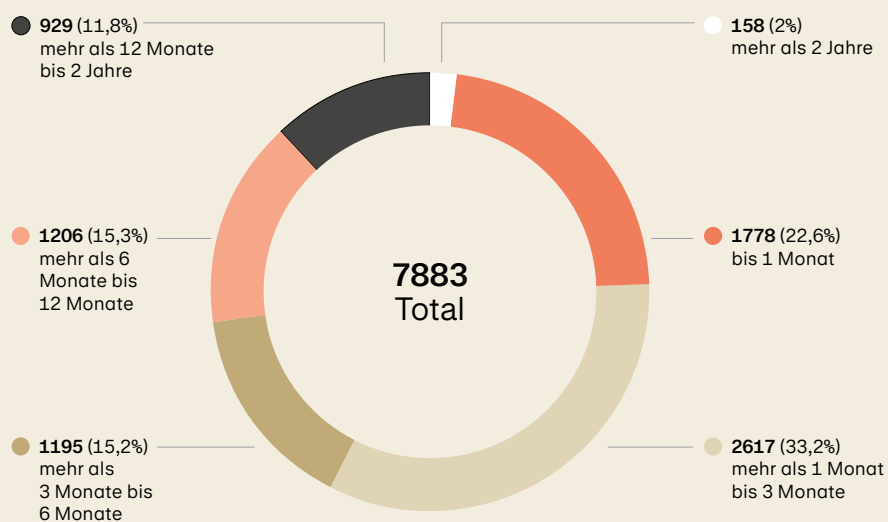


3.1.4 Eingänge, Erledigungen, Überträge



3.2 Dauer der Geschäfte

| | bis 1 Monat | mehr als 1 Monat bis 3 Monate | mehr als 3 Monate bis 6 Monate | mehr als 6 Monate bis 12 Monate | mehr als 12 Monate bis 2 Jahre | mehr als 2 Jahre | Total Erledigungen 2025 |
|---|-------------|-------------------------------|--------------------------------|---------------------------------|--------------------------------|------------------|-------------------------|
| Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten | | | | | | | |
| Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | 647 | 710 | 515 | 628 | 407 | 63 | 2970 |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 126 | 200 | 42 | 24 | 15 | – | 407 |
| Klagen | 2 | 1 | – | – | 2 | – | 5 |
| Revisionsgesuche usw. | 36 | 58 | 11 | 2 | – | – | 107 |
| Total | 811 | 969 | 568 | 654 | 424 | 63 | 3489 |
| Zivilsachen und SchKG-Beschwerden | | | | | | | |
| Beschwerden in Zivilsachen | 575 | 553 | 276 | 236 | 104 | 10 | 1754 |
| Revisionsgesuche usw. | 64 | 65 | 5 | 4 | – | – | 138 |
| Total | 639 | 618 | 281 | 240 | 104 | 10 | 1892 |
| Strafrechtspflege | | | | | | | |
| Beschwerden in Strafsachen | 312 | 955 | 339 | 310 | 400 | 85 | 2401 |
| Revisionsgesuche usw. | 16 | 71 | 6 | 2 | 1 | – | 96 |
| Total | 328 | 1026 | 345 | 312 | 401 | 85 | 2497 |
| Weitere Geschäfte | | | | | | | |
| Freiwillige Gerichtsbarkeit | – | 1 | – | – | – | – | 1 |
| Aufsichtsbeschwerden | – | 1 | 1 | – | – | – | 2 |
| Revisionsgesuche usw. | – | 2 | – | – | – | – | 2 |
| Total | 0 | 4 | 1 | 0 | 0 | 0 | 5 |
| Gesamttotal | 1778 | 2617 | 1195 | 1206 | 929 | 158 | 7883 |



3.2.1 Mittlere und maximale Dauer der Geschäfte

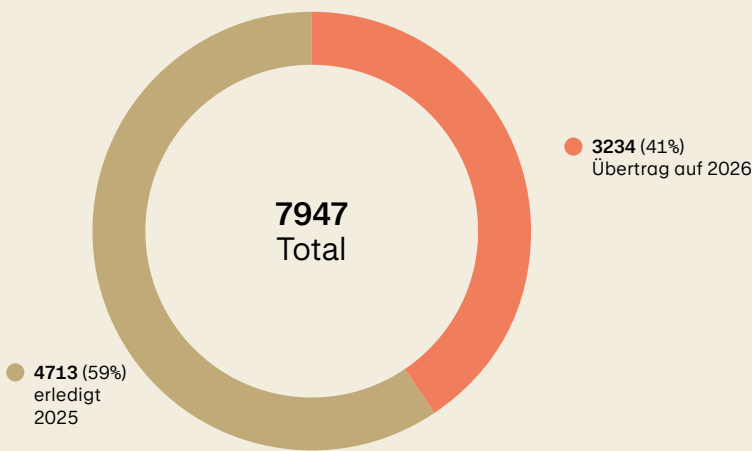
| | Erledigung Mittlere Dauer (Tage) | | | Erledigung Maximale Dauer (Tage) | | Übertragene Fälle | |
|---|-------------------------------------|-------------------------|----------------------------|-------------------------------------|-------------------------|------------------------|----------------------|
| | bis Urteilsfällung | für die Ausfertigung | für den Prozess (Total) | bis Urteilsfällung | für die Ausfertigung | Mittl. Dauer (Tage) | Max. Dauer (Tage) |
| Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten | | | | | | | |
| Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | 191 | 21 | 212 | 1211 | 172 | 184 | 2794 |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 86 | 15 | 102 | 577 | 68 | 80 | 367 |
| Klagen | 271 | 57 | 328 | 708 | 138 | 423 | 706 |
| Revisionsgesuche usw. | 61 | 21 | 82 | 324 | 68 | 113 | 367 |
| Durchschnitt | 175 | 21 | 196 | | | 179 | |
| Zivilsachen und SchKG-Beschwerden | | | | | | | |
| Beschwerden in Zivilsachen | 121 | 18 | 139 | 1480 | 113 | 153 | 2892 |
| Revisionsgesuche usw. | 45 | 12 | 58 | 352 | 57 | 72 | 268 |
| Durchschnitt | 115 | 18 | 133 | | | 150 | |
| Strafrechtspflege | | | | | | | |
| Beschwerden in Strafsachen | 206 | 22 | 228 | 1115 | 108 | 245 | 1112 |
| Revisionsgesuche usw. | 71 | 23 | 94 | 523 | 62 | 125 | 654 |
| Durchschnitt | 201 | 22 | 223 | | | 243 | |
| Weitere Geschäfte | | | | | | | |
| Freiwillige Gerichtsbarkeit | 33 | 10 | 43 | 33 | 10 | – | – |
| Aufsichtsbeschwerden | 93 | 2 | 95 | 148 | 3 | 44 | 52 |
| Revisionsgesuche usw. | 46 | 1 | 47 | 51 | 1 | 65 | 65 |
| Durchschnitt | 62 | 3 | 65 | | | 51 | |
| Durchschnitt | 169 | 20 | 189 | | | 198 | |

3.3 Erledigungsquotienten

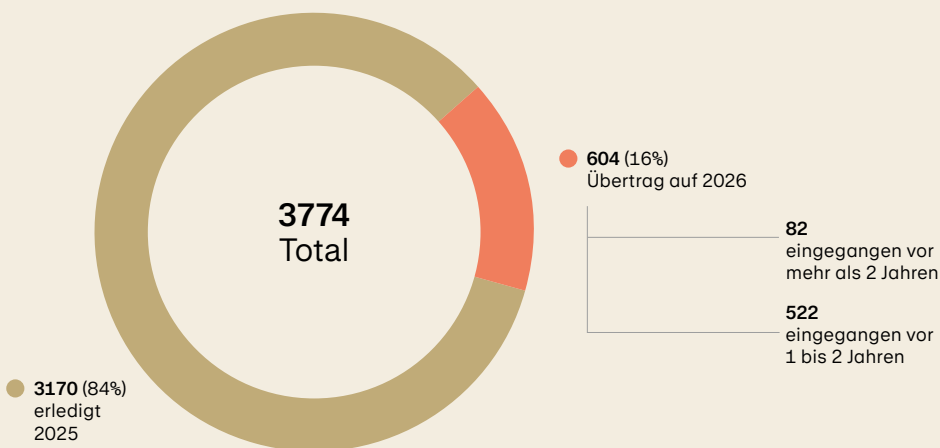
| | Erledigung Neueingänge (Q1) | | | | | Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2) | | | | | Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3) | | |
|--------------------------------------|--|---------------------|------------|-------------------------|------------|---|---------------------|------------|-------------------------|------------|--|-------------------|------------|
| | Eingegangene Verfahren 2025 ¹ | davon erledigt 2025 | | davon Übertrag auf 2026 | | Übertrag von 2024 | davon erledigt 2025 | | davon Übertrag auf 2026 | | Eingegangene Verfahren 2025 | Erledigungen 2025 | |
| I. öffentlich-rechtliche Abteilung | 817 | 431 | 53% | 386 | 47% | 497 | 422 | 85% | 75 | 15% | 817 | 853 | 104% |
| II. öffentlich-rechtliche Abteilung | 813 | 482 | 59% | 331 | 41% | 91 | 349 | 89% | 42 | 11% | 813 | 831 | 102% |
| III. öffentlich-rechtliche Abteilung | 779 | 401 | 51% | 378 | 49% | 393 | 346 | 88% | 47 | 12% | 779 | 747 | 96% |
| IV. öffentlich-rechtliche Abteilung | 782 | 421 | 54% | 361 | 46% | 324 | 300 | 93% | 24 | 7% | 782 | 721 | 92% |
| I. zivilrechtliche Abteilung | 991 | 669 | 68% | 322 | 32% | 347 | 326 | 94% | 21 | 6% | 991 | 995 | 100% |
| II. zivilrechtliche Abteilung | 1269 | 910 | 72% | 359 | 28% | 352 | 324 | 92% | 28 | 8% | 1269 | 1234 | 97% |
| I. strafrechtliche Abteilung | 1004 | 525 | 52% | 479 | 48% | 732 | 559 | 76% | 173 | 24% | 1004 | 1084 | 108% |
| II. strafrechtliche Abteilung | 1487 | 871 | 59% | 616 | 41% | 738 | 544 | 74% | 194 | 26% | 1487 | 1415 | 95% |
| Weitere Instanzen | 5 | 3 | 60% | 2 | 40% | - | - | - | - | - | 5 | 3 | 60% |
| Total | 7947 | 4713 | 59% | 3234 | 41% | 3774 | 3170 | 84% | 604 | 16% | 7947 | 7883 | 99% |

1 Bei den eingegangenen Verfahren sind die 60 unter dem Jahr von der I. zur II. strafrechtlichen Abteilung umgeteilten Verfahren betreffend materielles Strafrecht berücksichtigt.

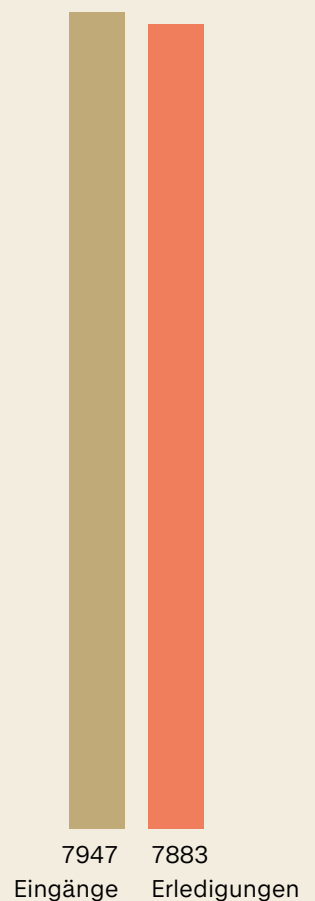
3.3.1 Erledigung Neueingänge (Q1)



3.3.2 Erledigung Überträge aus den Vorjahren (Q2)

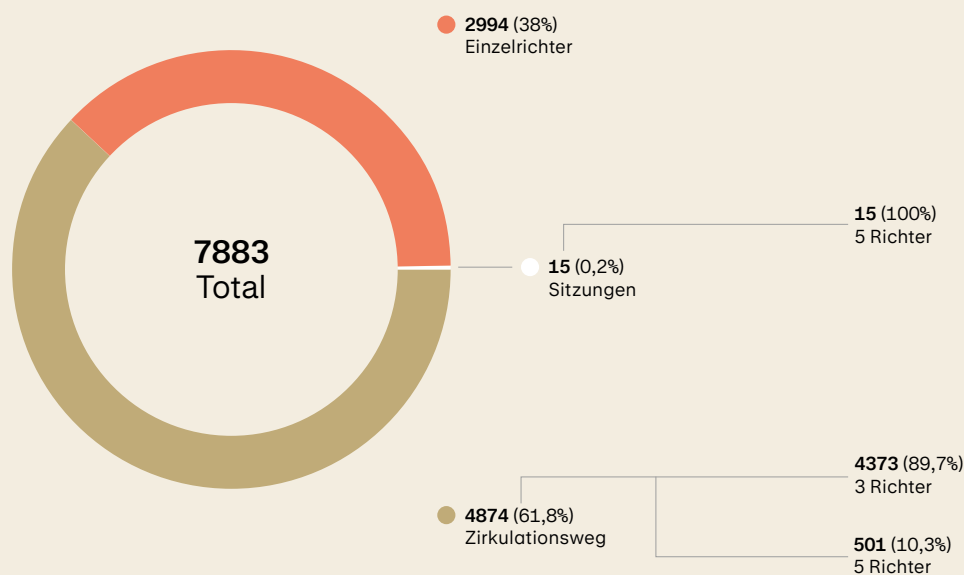


3.3.3 Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen (Q3)



3.4 Art der Erledigung (Spruchkörper/Entscheidfindung)

| | Einzelrichter | Zirkulationsweg | | Sitzungen | |
|---|---------------|-----------------|------------|-------------|-----------|
| | | 3 Richter | 5 Richter | Total | 5 Richter |
| Öffentlich-rechtliche Streitigkeiten | | | | | |
| Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | 944 | 1744 | 272 | 2016 | 10 |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 325 | 81 | 1 | 82 | – |
| Klagen | – | 3 | – | 3 | 2 |
| Revisionsgesuche usw. | 15 | 90 | 2 | 92 | – |
| Total | 1284 | 1918 | 275 | 2193 | 12 |
| Zivilsachen und SchKG-Beschwerden | | | | | |
| Beschwerden in Zivilsachen | 846 | 840 | 66 | 906 | 2 |
| Revisionsgesuche usw. | 10 | 126 | 2 | 128 | – |
| Total | 856 | 966 | 68 | 1034 | 2 |
| Strafrechtspflege | | | | | |
| Beschwerden in Strafsachen | 841 | 1401 | 158 | 1559 | 1 |
| Revisionsgesuche usw. | 9 | 87 | – | 87 | – |
| Total | 850 | 1488 | 158 | 1646 | 1 |
| Weitere Geschäfte | | | | | |
| Freiwillige Gerichtsbarkeit | – | 1 | – | 1 | – |
| Aufsichtsbeschwerden | 2 | – | – | – | – |
| Revisionsgesuche usw. | 2 | – | – | – | – |
| Total | 4 | 1 | 0 | 1 | 0 |
| Gesamttotal | 2994 | 4373 | 501 | 4874 | 15 |

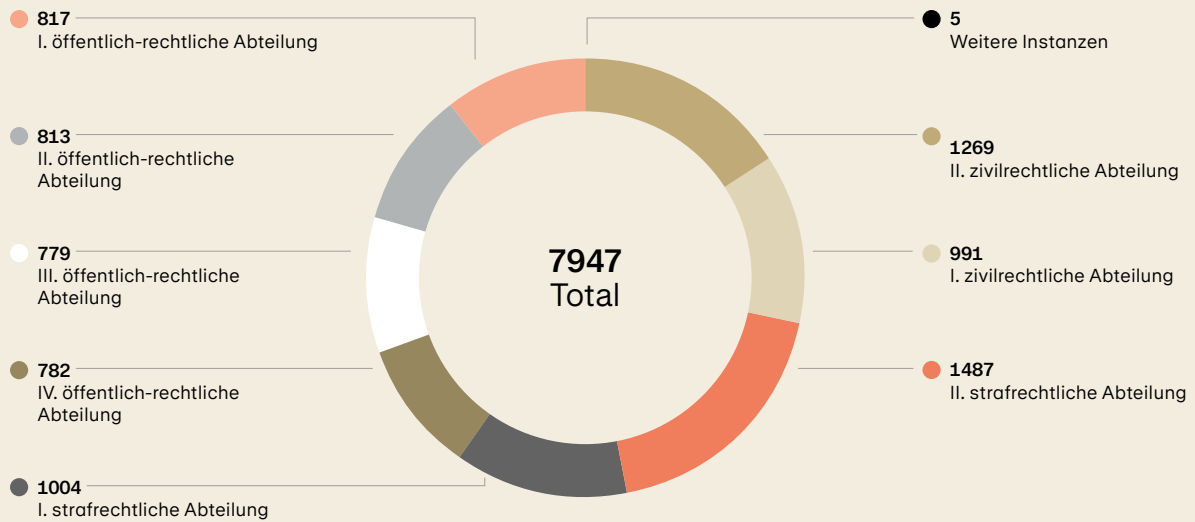


3.5 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen

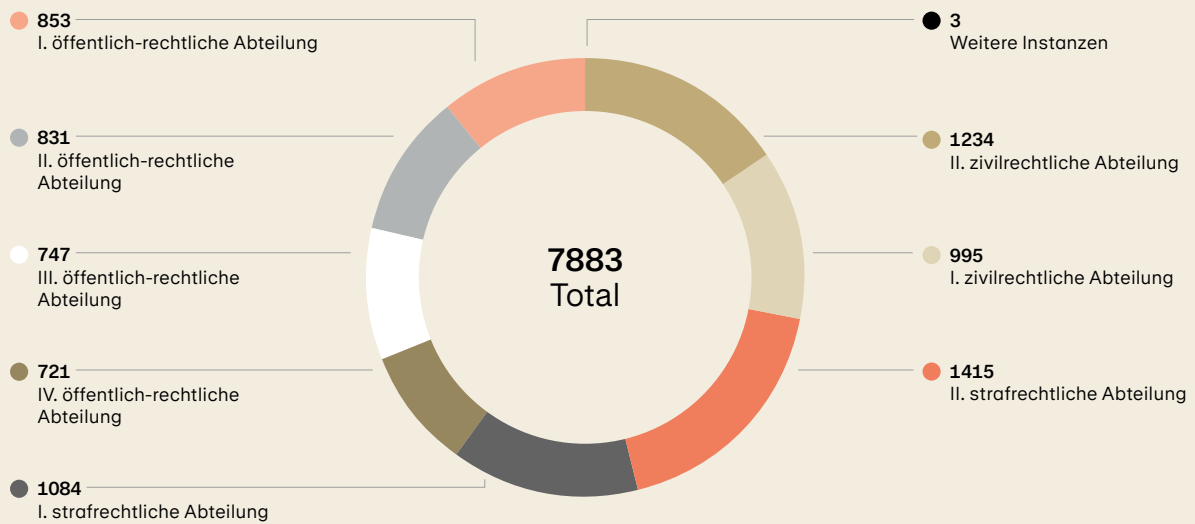
| | Übertrag von 2024 | Eingänge 2025 ¹ | Erledigungen 2025 | Übertrag auf 2026 |
|---|----------------------|-------------------------------|----------------------|----------------------|
| I. öffentlich-rechtliche Abteilung | | | | |
| Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | 492 | 771 | 812 | 451 |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 4 | 21 | 19 | 6 |
| Klagen | 1 | – | – | 1 |
| Revisionsgesuche usw. | – | 25 | 22 | 3 |
| Total | 497 | 817 | 853 | 461 |
| II. öffentlich-rechtliche Abteilung | | | | |
| Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | 371 | 745 | 765 | 351 |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 12 | 29 | 28 | 13 |
| Klagen | 5 | 4 | 5 | 4 |
| Revisionsgesuche usw. | 3 | 35 | 33 | 5 |
| Total | 391 | 813 | 831 | 373 |
| III. öffentlich-rechtliche Abteilung | | | | |
| Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | 383 | 721 | 695 | 409 |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 2 | 25 | 23 | 4 |
| Revisionsgesuche usw. | 8 | 33 | 29 | 12 |
| Total | 393 | 779 | 747 | 425 |
| IV. öffentlich-rechtliche Abteilung | | | | |
| Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | 319 | 759 | 697 | 381 |
| Revisionsgesuche usw. | 5 | 23 | 24 | 4 |
| Total | 324 | 782 | 721 | 385 |
| I. zivilrechtliche Abteilung | | | | |
| Beschwerden in Zivilsachen | 295 | 673 | 671 | 297 |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 43 | 253 | 265 | 31 |
| Revisionsgesuche usw. | 9 | 65 | 59 | 15 |
| Total | 347 | 991 | 995 | 343 |
| II. zivilrechtliche Abteilung | | | | |
| Beschwerden in Zivilsachen | 315 | 1129 | 1083 | 361 |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 30 | 58 | 72 | 16 |
| Revisionsgesuche usw. | 7 | 82 | 79 | 10 |
| Total | 352 | 1269 | 1234 | 387 |
| I. strafrechtliche Abteilung | | | | |
| Beschwerden in Strafsachen | 726 | 961 | 1041 | 646 |
| Revisionsgesuche usw. | 6 | 43 | 43 | 6 |
| Total | 732 | 1004 | 1084 | 652 |
| II. strafrechtliche Abteilung | | | | |
| Beschwerden in Strafsachen | 724 | 1426 | 1361 | 789 |
| Revisionsgesuche usw. | 14 | 61 | 54 | 21 |
| Total | 738 | 1487 | 1415 | 810 |
| Weitere Instanzen | | | | |
| Freiwillige Gerichtsbarkeit | – | 1 | 1 | – |
| Aufsichtsbeschwerden an die Verwaltungskommission | – | 4 | 2 | 2 |
| Total | 0 | 5 | 3 | 2 |
| Gesamttotal | 3774 | 7947 | 7883 | 3838 |

1 Bei den eingegangenen Verfahren sind die 60 unter dem Jahr von der I. zur II. strafrechtlichen Abteilung umgeteilten Verfahren betreffend materielles Strafrecht berücksichtigt.

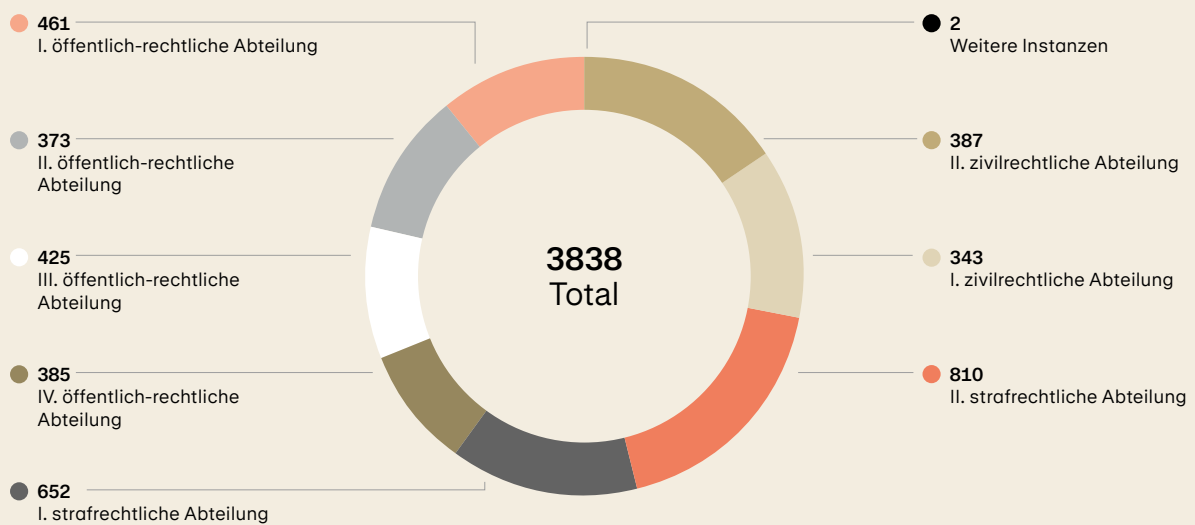
3.5.1 Eingang 2025¹



3.5.2 Erledigung 2025



3.5.3 Übertrag auf 2026



¹ Bei den eingegangenen Verfahren sind die 60 unter dem Jahr von der I. zur II. strafrechtlichen Abteilung umgeteilten Verfahren betreffend materielles Strafrecht berücksichtigt.

3.6 Art und Zahl der Geschäfte nach Abteilungen (5-Jahres-Vergleich)

| | Neueingänge | | | | | Erledigungen | | | | |
|---|-------------------------|-------------------------|-------------|-------------|-------------|--------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 |
| I. öffentlich-rechtliche Abteilung | | | | | | | | | | |
| Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | 788 | 663 | 690 | 737 | 771 | 719 | 646 | 673 | 750 | 812 |
| Beschwerden in Strafsachen | 695 | 594 | 216 | - | - | 694 | 611 | 338 | - | - |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 6 | 7 | 9 | 7 | 21 | 5 | 10 | 6 | 8 | 19 |
| Klagen | - | 1 | - | 1 | - | - | - | 1 | - | - |
| Revisionsgesuche usw. | 49 | 38 | 24 | 20 | 25 | 50 | 40 | 26 | 23 | 22 |
| Total | 1538 | 1303 | 939 | 765 | 817 | 1468 | 1307 | 1044 | 781 | 853 |
| II. öffentlich-rechtliche Abteilung | | | | | | | | | | |
| Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | 1050 | 926 | 701 | 654 | 745 | 1084 | 962 | 663 | 671 | 765 |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 50 | 36 | 28 | 28 | 29 | 54 | 37 | 26 | 28 | 28 |
| Klagen | 6 | 4 | 2 | 8 | 4 | 6 | 5 | 3 | 4 | 5 |
| Revisionsgesuche usw. | 44 | 43 | 31 | 25 | 35 | 45 | 45 | 28 | 27 | 33 |
| Total | 1150 | 1009 | 762 | 715 | 813 | 1189 | 1049 | 720 | 730 | 831 |
| III. öffentlich-rechtliche Abteilung | | | | | | | | | | |
| Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | 679 | 739 | 797 | 730 | 721 | 742 | 568 | 808 | 752 | 695 |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 1 | 2 | 15 | 17 | 25 | 1 | 2 | 12 | 18 | 23 |
| Klagen | - | - | 1 | - | - | - | - | - | 1 | - |
| Revisionsgesuche usw. | 21 | 22 | 28 | 34 | 33 | 21 | 20 | 24 | 34 | 29 |
| IV. öffentlich-rechtliche Abteilung | | | | | | | | | | |
| Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | 826 | 756 | 829 | 756 | 759 | 806 | 693 | 797 | 796 | 697 |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 8 | 10 | 6 | - | - | 6 | 11 | 10 | 2 | - |
| Revisionsgesuche usw. | 13 | 12 | 10 | 19 | 23 | 14 | 12 | 10 | 17 | 24 |
| Total | 847 | 778 | 845 | 775 | 782 | 826 | 716 | 817 | 815 | 721 |
| I. zivilrechtliche Abteilung | | | | | | | | | | |
| Beschwerden in Zivilsachen | 639 | 582 | 650 | 686 | 673 | 590 | 627 | 603 | 679 | 671 |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 77 | 69 | 78 | 204 | 253 | 82 | 68 | 72 | 178 | 265 |
| Klagen | 1 | - | - | - | - | 1 | - | - | - | - |
| Revisionsgesuche usw. | 22 | 26 | 14 | 37 | 65 | 24 | 21 | 15 | 34 | 59 |
| Total | 739 | 677 | 742 | 927 | 991 | 697 | 716 | 690 | 891 | 995 |
| II. zivilrechtliche Abteilung | | | | | | | | | | |
| Beschwerden in Zivilsachen | 1079 | 998 | 966 | 898 | 1129 | 1018 | 1082 | 998 | 926 | 1083 |
| Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | 233 | 186 | 227 | 66 | 58 | 225 | 188 | 249 | 42 | 72 |
| Revisionsgesuche usw. | 28 | 40 | 34 | 46 | 82 | 26 | 43 | 34 | 41 | 79 |
| Total | 1340 | 1224 | 1227 | 1010 | 1269 | 1269 | 1313 | 1281 | 1009 | 1234 |
| I. strafrechtliche Abteilung¹ | | | | | | | | | | |
| Beschwerden in Strafsachen | 1519 | 1593 | 1065 | 951 | 961 | 1254 | 1404 | 1296 | 756 | 1041 |
| Revisionsgesuche usw. | 42 | 40 | 48 | 31 | 43 | 36 | 39 | 54 | 34 | 43 |
| Total | 1561³ | 1633³ | 1113 | 982 | 1004 | 1290 | 1443 | 1350 | 790 | 1084 |
| II. strafrechtliche Abteilung^{1,2} | | | | | | | | | | |
| Beschwerden in Strafsachen | - | - | 1066 | 1460 | 1426 | - | - | 660 | 1452 | 1361 |
| Revisionsgesuche usw. | - | - | 14 | 77 | 61 | - | - | 6 | 71 | 54 |
| Total | 0 | 0 | 1080 | 1537 | 1487 | 0 | 0 | 666 | 1523 | 1415 |
| Weitere Instanzen | | | | | | | | | | |
| Freiwillige Gerichtsbarkeit | - | - | - | - | 1 | - | - | - | - | 1 |
| Aufsichtsbeschwerden an die Verwaltungskommission | 6 | 3 | 8 | 3 | 4 | 4 | 3 | 8 | 6 | 2 |
| Beschwerden an die Rekurskommission | 2 | 2 | - | 1 | - | 2 | 2 | - | 1 | - |
| Andere Fälle | 1 | - | - | - | - | 1 | - | - | - | - |
| Total | 9 | 5 | 8 | 4 | 5 | 7 | 5 | 8 | 7 | 3 |
| Gesamttotal | 7885 | 7392 | 7557 | 7496 | 7947 | 7510 | 7139 | 7420 | 7351 | 7883 |

1 Bei den 2025 eingegangenen Verfahren sind die 60 unter dem Jahr von der I. zur II. strafrechtlichen Abteilung umgeteilten Verfahren betreffend materielles Strafrecht berücksichtigt.

2 Die II. strafrechtliche Abteilung besteht seit dem 1.7.2023

3 Davon 2023 310 Verfahren zur II. strafrechtlichen Abteilung umgeteilt

3.7 Art und Zahl der erledigten Geschäfte nach Materien

| | Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | Andere Fälle BGG | Revisionsgesuche usw. | Total |
|---|---|-----------------------------------|------------------|-----------------------|-------|
| 001.00 Staats- und Verwaltungsrecht | | | | | |
| 010.00 Aus Art. 8 und 29 BV abgeleitete Rechte | 10 | - | - | 1 | 11 |
| 010.90 Nicht zuzuordnende Beschwerden wegen Verletzung des Willkürverbots | 1 | - | - | - | 1 |
| 011.00 Persönliche Freiheit, Schutz der Privatsphäre, Menschenwürde (ohne Haftbeschwerde) | 17 | - | - | 2 | 19 |
| 012.00 Versammlungs-, Vereinigungs- und Koalitionsfreiheit | 2 | - | - | - | 2 |
| 013.00 Meinungsfreiheit (i.w.S.) und Religionsfreiheit | 1 | - | - | - | 1 |
| 014.00 Bürgerrecht, Niederlassungsfreiheit, Fremdenpolizei, Asylrecht | 418 | 22 | 1 | 11 | 452 |
| 014.10 Bürgerrecht | 17 | 5 | - | - | 22 |
| 014.20 Niederlassungsfreiheit | 1 | - | - | - | 1 |
| 014.30 Ausländerrecht | 400 | 17 | 1 | 11 | 429 |
| 015.00 Staatshaftung | 38 | - | 6 | 7 | 51 |
| 016.00 Politische Rechte | 56 | 1 | - | 1 | 58 |
| 017.00 Personal im öffentlichen Dienst | 52 | 3 | 1 | 1 | 57 |
| 018.00 Gemeindeautonomie | 1 | - | - | - | 1 |
| 019.00 Andere Grundrechte | - | - | - | - | - |
| 020.00 Eigentumsgarantie | 6 | - | - | - | 6 |
| 021.00 Stiftungsaufsicht | - | - | - | - | - |
| 022.00 Bäuerlicher Grundbesitz (ohne Erbteilung) | 4 | - | - | - | 4 |
| 023.00 Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland | 7 | - | - | - | 7 |
| 023.99 Öffentliche Register | - | - | 2 | - | 2 |
| 032.00 Verwaltungsverfahren | 55 | - | - | 1 | 56 |
| 033.00 Zuständigkeit, Garantie des Wohnsitz- und verfassungsmässigen Richters | 4 | - | 113 | 8 | 125 |
| 036.00 Auslieferung | 22 | - | - | - | 22 |
| 037.00 Rechtshilfe | 60 | - | 1 | - | 61 |
| 038.00 Kantonales Straf- und Verwaltungsstrafrecht | - | - | - | - | - |
| 039.99 Schule, Wissenschaft und Forschung | 54 | 2 | - | 3 | 59 |
| 043.99 Sprache, Kunst und Kultur | - | - | - | - | - |
| 045.99 Natur-, Heimat- und Tierschutz | 23 | - | - | 3 | 26 |
| 050.00 Landesverteidigung | 7 | - | - | 1 | 8 |
| 060.00 Subventionen | 16 | - | - | - | 16 |
| 060.90 Rückerstattung der unentgeltlichen Rechtspflege | 1 | - | - | - | 1 |
| 061.00 Zölle | 9 | - | - | - | 9 |
| 062.00 Direkte Steuern | 215 | 8 | - | 8 | 231 |
| 063.00 Stempelabgaben | 1 | - | - | 1 | 2 |
| 064.00 Indirekte Steuern | 27 | - | - | 1 | 28 |
| 065.00 Verrechnungssteuer | 6 | - | - | - | 6 |
| 066.00 Militärflichtersatz | 7 | - | - | - | 7 |
| 067.00 Doppelbesteuerung | 6 | - | - | - | 6 |
| 068.00 Andere Abgaben | 40 | 1 | - | 3 | 44 |
| 069.00 Abgabebefreiung und Abgabeerlass | 1 | 13 | - | 3 | 17 |
| 070.00 Raumplanung | 102 | - | - | 1 | 103 |
| 071.00 Landumlegungen | 2 | - | - | - | 2 |
| 072.00 Kantonales Baurecht | 281 | - | - | 3 | 284 |
| 073.00 Enteignung | 18 | - | - | - | 18 |

| | Beschwerden in öffentlich-rechtlichen Angelegenheiten | Subsidiäre Verfassungsbeschwerden | Andere Fälle BGG | Revisionsgesuche usw. | Total |
|--|---|-----------------------------------|------------------|-----------------------|-------------|
| 001.00 Staats- und Verwaltungsrecht | | | | | |
| 074.00 Energie | 14 | - | - | 1 | 15 |
| 075.00 Strassenwesen (inkl. Strassenverkehr) | 84 | - | - | - | 84 |
| 076.00 Öffentliche Werke des Bundes (Planung, Bau und Betrieb) | 4 | - | - | - | 4 |
| 077.00 Luftfahrt (ohne Luftfahrtanlagen) | 2 | - | - | 1 | 3 |
| 078.00 Post, Fernmeldewesen | - | - | - | - | - |
| 079.00 Radio- und Fernsehen | - | - | - | - | - |
| 079.90 Gesundheit | 6 | - | - | - | 6 |
| 080.00 Medizinalberufe | 11 | - | - | 1 | 12 |
| 081.00 Schutz des ökologischen Gleichgewichts | 19 | - | - | - | 19 |
| 082.00 Krankheitsbekämpfung | 2 | - | - | - | 2 |
| 083.00 Lebensmittelpolizei | 4 | - | - | - | 4 |
| 084.00 Arbeitsgesetzgebung (Arbeitszeit, Nacht- und Sonntagsarbeit) | 8 | - | - | - | 8 |
| 085.00 Sozialversicherung | 1007 | 1 | - | 36 | 1044 |
| 085.01 Sozialversicherung, allgemeiner Teil | 3 | - | - | - | 3 |
| 085.10 Alters- und Hinterlassenenversicherung | 77 | 1 | - | 5 | 83 |
| 085.30 Invalidenversicherung | 385 | - | - | 15 | 400 |
| 085.40 Ergänzungsleistung zur AHV/IV | 77 | - | - | 1 | 78 |
| 085.50 Berufliche Vorsorge | 49 | - | - | 4 | 53 |
| 085.70 Krankenversicherung | 95 | - | - | 1 | 96 |
| 085.80 Unfallversicherung | 206 | - | - | 7 | 213 |
| 085.90 Militärversicherung | - | - | - | - | - |
| 085.95 Erwerbsersatz für Dienstleistende und bei Mutterschaft | 3 | - | - | - | 3 |
| 086.00 Familienzulagen und kantonale Sozialversicherung | 9 | - | - | - | 9 |
| 086.20 Arbeitslosenversicherung | 102 | - | - | 3 | 105 |
| 086.21 Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose | 1 | - | - | - | 1 |
| 087.00 Wohnbau- und Eigentumsförderung | - | - | - | - | - |
| 088.00 Sozialhilfe | 72 | - | - | 1 | 73 |
| 090.00 Wirtschaft (öffentliches Recht, wenn keine speziellere Nummer) | 43 | 6 | - | - | 49 |
| 091.00 Freie Berufe | 33 | 3 | - | 3 | 39 |
| 092.00 Preisüberwachung | 1 | - | - | - | 1 |
| 093.00 Landwirtschaft | 7 | - | - | - | 7 |
| 093.99 Forstwesen, Jagd und Fischerei | 11 | - | - | 2 | 13 |
| 095.99 Handel, Kredit und Privatversicherung | 11 | - | - | - | 11 |
| 099.00 Aussenhandel, Exportrisikogarantie | 2 | - | - | - | 2 |
| Total Staats- und Verwaltungsrecht | 2911 | 60 | 124 | 104 | 3199 |

| | Beschwerden in Zivilsachen | Subsidiäre Verfassungs- beschwerden | Revisions- gesuche usw. | Total |
|--|-------------------------------|---|----------------------------|-------------|
| 100.00 Privatrecht | | | | |
| 100.01 Personenrecht | 40 | 5 | 1 | 46 |
| 101.00 Persönlichkeitsschutz | 29 | 4 | – | 33 |
| 102.00 Namensrecht | 2 | – | – | 2 |
| 103.00 Vereine | 3 | 1 | – | 4 |
| 104.00 Stiftungen | 6 | – | 1 | 7 |
| 105.00 Andere Fälle | – | – | – | – |
| 109.90 Familienrecht | 591 | 18 | 40 | 649 |
| 110.00 Eheschliessung (inkl. Ehenichtigkeit) | – | – | – | – |
| 111.00 Ehescheidung und Ehetrennung | 117 | 3 | 10 | 130 |
| 111.01 Ehescheidung und Ehetrennung (dringend) | 28 | – | 4 | 32 |
| 112.00 Wirkungen der Ehe und Güterrecht | 4 | 1 | – | 5 |
| 112.01 Wirkungen der Ehe und Güterrecht (dringend) | 74 | 2 | 3 | 79 |
| 113.00 Kindesverhältnis | 146 | 9 | 6 | 161 |
| 113.01 Kindesverhältnis (dringend) | 79 | – | 9 | 88 |
| 114.00 Vormundschaft | 88 | 2 | 4 | 94 |
| 114.01 Vormundschaft (dringend) | 5 | – | – | 5 |
| 115.00 Andere Fälle | 18 | 1 | 1 | 20 |
| 115.01 Andere Fälle (dringend) | 32 | – | 3 | 35 |
| 119.90 Erbrecht | 46 | 24 | 5 | 75 |
| 120.00 Erben und Verfügungen von Todes wegen | 22 | 1 | – | 23 |
| 121.00 Erbgang: Eröffnung und Wirkungen | 18 | 22 | 5 | 45 |
| 122.00 Teilung | 6 | 1 | – | 7 |
| 123.00 Erbteilung von landwirtschaftlichen Gewerben und Grundstücken | – | – | – | – |
| 129.90 Sachenrecht | 53 | 14 | 6 | 74 |
| 130.00 Grundeigentum und Fahrniseigentum | 35 | 9 | 5 | 50 |
| 131.00 Dienstbarkeiten | 5 | 3 | 1 | 9 |
| 132.00 Grundpfand und Fahrnispfand | 8 | 1 | – | 9 |
| 133.00 Besitz und Grundbuch | 5 | 1 | – | 6 |
| 134.00 Andere Fälle | – | – | – | – |
| 139.90 Obligationenrecht | 473 | 95 | 31 | 599 |
| 140.00 Kauf, Tausch, Schenkung | 33 | 3 | 1 | 37 |
| 141.00 Miete und Pacht | 141 | 45 | 11 | 197 |
| 141.10 Leihe (Gebrauchsleihe und Darlehen) | 22 | 2 | – | 24 |
| 142.00 Arbeitsvertrag | 85 | 10 | 4 | 99 |
| 143.00 Werkvertrag | 22 | 4 | – | 26 |
| 144.00 Auftrag | 57 | 11 | 3 | 71 |
| 145.00 Gesellschaftsrecht | 41 | 2 | – | 43 |
| 146.00 Wertpapierrecht | – | – | – | – |
| 147.00 Haftpflichtrecht | 19 | 1 | 4 | 24 |
| 148.00 Übriges Obligationenrecht | 53 | 17 | 8 | 78 |
| 150.00 Versicherungsvertragsrecht | 33 | 1 | 1 | 35 |
| 160.00 Haftpflicht für Eisenbahn, elektrische u. Rohrleitungsanlage sowie Kernenergie | – | – | – | – |
| 169.90 Geistiges Eigentum und Datenschutz | 14 | 5 | 1 | 20 |
| 170.00 Marken-, Design- und Sortenschutz | 5 | – | – | 5 |
| 171.00 Erfindungspatente | 5 | – | 1 | 6 |
| 172.00 Urheberrecht | 3 | – | – | 3 |
| 173.00 Datenschutz (inkl. Öffentlichkeitsprinzip) | 1 | 5 | – | 6 |
| 175.00 Unlauterer Wettbewerb | 5 | – | – | 5 |
| 176.00 Kartellrecht | – | 9 | – | 9 |
| 190.00 Übriges Zivilrecht | – | – | – | – |
| 200.00 Schuldbetreibung und Konkurswesen | 438 | 182 | 53 | 673 |
| 220.00 Zwangsvollstreckung | – | – | – | – |
| 250.00 Zivilprozessordnung | 9 | – | – | 9 |
| 260.00 Internationale Schiedsgerichte | 47 | – | – | 47 |
| Total Privatrecht | 1749 | 353 | 138 | 2240 |

| | Beschwerden in Strafsachen | Beschwerden in öffentlich- rechtlichen Angelegenheiten, usw. | Revisionsgesuche usw. | Total |
|---|-------------------------------|--|------------------------------|-------------|
| 300.00 Strafrecht | | | | |
| 300.01 StGB allgemeiner Teil | 220 | - | 3 | 223 |
| 301.00 Strafzumessung | 81 | - | 1 | 82 |
| 302.00 Bedingter Strafvollzug | 112 | - | 2 | 114 |
| 303.00 Massnahmen | 18 | - | - | 18 |
| 304.00 Jugendliche und junge Erwachsene | - | - | - | - |
| 305.10 Strafbarkeit | 1 | - | - | 1 |
| 305.20 Absehen von Strafe | - | - | - | - |
| 305.30 Verjährung | - | - | - | - |
| 305.40 Übertretungen | 1 | - | - | 1 |
| 305.90 Übrige Fragen | 7 | - | - | 7 |
| 309.90 StGB besonderer Teil | 543 | - | 2 | 545 |
| 310.00 Delikte gegen Leib und Leben | 149 | - | - | 149 |
| 311.00 Vermögensdelikte | 139 | - | 1 | 140 |
| 312.00 Ehrverletzungen | 37 | - | 1 | 38 |
| 313.00 Verbrechen und Vergehen gegen die Freiheit | 38 | - | - | 38 |
| 314.00 Strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität | 93 | - | - | 93 |
| 315.00 Urkundendelikte | 13 | - | - | 13 |
| 316.00 Andere Delikte | 74 | - | - | 74 |
| 319.99 Strafbestimmungen anderer Bundesgesetze | 165 | - | 1 | 166 |
| 320.00 Strafbestimmungen des SVG | 92 | - | - | 92 |
| 321.00 Strafbestimmungen des Betäubungsmittelgesetzes | 34 | - | 1 | 35 |
| 322.00 Strafbestimmungen anderer Bundesgesetze | 39 | - | - | 39 |
| 330.00 Verwaltungsstrafrecht | - | - | - | - |
| 345.00 Strafprozessordnung | 1281 | 45 | 94 | 1420 |
| 347.00 OHG | - | 8 | - | 8 |
| 349.90 Straf- und Massnahmenvollzug | 79 | - | - | 79 |
| 350.00 Bedingte Entlassung | 14 | - | - | 14 |
| 351.00 Andere Fragen bezüglich Straf- und Massnahmenvollzug | 65 | - | - | 65 |
| Total Strafrecht | 2288 | 53 | 100 | 2441 |
| | | | Weitere Geschäfte | |
| 389.99 Weitere Geschäfte | | | | |
| 390.00 Aufsichtsbeschwerden | | | 2 | |
| 400.00 Freiwillige Gerichtsbarkeit | | | 1 | |
| Total Weitere Geschäfte | | | 3 | |

Vergleichstabelle

Kennzahlen des Bundesgerichts, des Bundesstrafgerichts, des Bundesverwaltungsgerichts und des Bundespatentgerichts

| | Bundesgericht | Bundesstrafgericht | Bundesverwaltungsgericht | Bundespatentgericht |
|--|---------------|--|--------------------------|------------------------------------|
| Mitglieder und Mitarbeitende (umgerechnet auf Vollzeitstellen)* | | | | |
| Anzahl Richter/-innen | 40 | 19,3 | 70 | 3,6 |
| Anzahl Gerichtsschreiber/-innen | 149,9 | 29,5 | 213,2 | 1 |
| Anzahl übrige Mitarbeitende | 168,1 | 31,8 | 120,1 | 1,3 |
| Geschäftslast | | | | |
| Bestand am Anfang des Jahres | 3774 | 278 | 6685 | 24 |
| Anzahl Eingänge | 7947 | 686 | 10 104 | 14 |
| Anzahl Erledigungen | 7883 | 638 | 8242 | 23 |
| Bestand am Ende des Jahres | 3838 | 326 | 8547 | 15 |
| Mittlere Dauer der Geschäfte (in Tagen) | 189 | 224 ¹ /163 ² /222 ³ | 241 | 544 ⁴ /200 ⁵ |
| Anzahl der mehr als zwei Jahre hängigen Geschäfte | 158 | 10 | 1526 | – |
| Q1: Prozentsatz der Erledigungen von im Jahr 2025 eingegangenen Fällen | 59% | 58% | 50% | 14% |
| Q2: Prozentsatz der aus den Vorjahren übertragenen und im Jahr 2025 erledigten Fälle | 84% | 86% | 47% | 88% |
| Q3: Verhältnis Erledigungen zu Neueingängen | 99% | 93% | 82% | 164% |
| Finanzen (in CHF) | | | | |
| Erfolgsrechnung | | | | |
| Ertrag | 20 785 984 | 938 801 | 6 652 553 | 715 540 ⁶ |
| Aufwand | 116 166 345 | 19 660 034 | 96 924 856 | 1 496 094 |
| Personalaufwand | 91 821 079 | 16 939 244 | 82 127 997 | 1 260 410 |
| Sach- und übriger Betriebsaufwand | 24 047 279 | 2 754 604 | 14 402 456 | 278 822 |
| Einlage in Rückstellungen | – | –38 000 | 302 615 | –43 138 |
| Abschreibung Verwaltungsvermögen | 297 987 | 4186 | 91 788 | – |
| Investitionsrechnung | | | | |
| Einnahmen | – | – | – | – |
| Ausgaben | 253 438 | 13 374 | 214 570 | – |
| Sach- und immaterielle Anlagen, Vorräte | 253 438 | 13 374 | 214 570 | – |
| Verhältnis zwischen Ertrag + Einnahmen und Aufwand + Ausgaben | 17,85% | 4,8% | 6,8% | 47,8%⁶ |
| Besonderes | | | | |
| Unentgeltliche Rechtspflege | 623 341 | 12 559 | 748 178 | – |
| Informatik-Sachaufwand | 1 956 952 | 567 898 | 4 914 185 | 149 650 |
| Raummiete | 7 411 800 | 1 133 520 | 4 019 400 | 58 500 |

* Jahresmittelwert

1 Mittlere Dauer der Verfahren der Strafkammer

2 Mittlere Dauer der Verfahren der Beschwerdekammer

3 Mittlere Dauer der Verfahren der Berufungskammer

4 Mittlere Dauer der ordentlichen Verfahren

5 Mittlere Dauer der summarischen Verfahren

6 BPatGer: Vor Zahlung des Instituts für Geistiges Eigentum (IGE; CHF 780 553.82)

